Einzelnummer 1 K.

3. Jahr.

Jüdisches Volksblatt

Nr. 6

Abonnement monatl. K 7.— ¼jährl. K 20.—

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 24. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages" reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

Das „Jüdische Volksblatt" ist kein Lokalblatt, sondern als Verbandszeitung dazu berufen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Judenschaft im ganzen tschechoslowakischen Staate und in Galizien zu dienen. — Inserate kosten 30 h für die 3fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

Freitag, 21. I. 1921.

12. Schebet 5681.

Keren Hajessod.

Keren Hajessod-Arbeit.

Die Parteileitung für Deutsch-Oesterreich hat ein besonderes Komitee gebildet, welches in jedem einzelnen Falle zu prüfen hat, ob ein Zionist mit seiner Zeichnung seine Pflicht voll erfüllt hat und mit seinem Namen in die Liste derer aufgenommen werden soll, die dem Keren Hajessod das verlangte Opfer gebracht haben. In Jugoslawien ist ein Kuratorium für den Keren Hajessod mit dem Sitz in Zagreb gegründet worden. Der geschäftsführende Vorsitzende ist Herr Simo Spitzer, der sich für die Arbeit in einem so weitgehenden Maße zur Verfügung gestellt hat, daß es möglich war, von der Anstellung eines Generalsekretärs vorläufig abzusehen. In Serajewo ist ein besonderes Kuratorium für Bosnien und die Herzegowina, in Novisad ein solches für die Wojwoda eingerichtet worden. Das Kuratorium in Serajewo steht unter der Leitung des Großrabbiners und des Vorsitzenden der dortigen sephardischen Gemeinde, den Herren Dr. Levy und Ingenieur Sumbul. Als Generalsekretär wurde Herr Michael Levy angestellt. In Novisad soll das Kuratorium noch gegründet werden. Als Generalsekretär fungiert Herr Advokat Dr. Handler. — Recht lebhafte Keren Hajessod-Arbeit wird in Norwegen vorgenommen, das im Dezember von Dr. Salkind besucht wurde. Es wurde ein Komitee gebildet, das aus Zionisten und Nichtzionisten zusammengesetzt ist. Dr. Salkind besuchte außer Christiania u. a. auch Drontheim. Es ist beabsichtigt, etwa 200.000 Kr. in Norwegen aufzubringen. — China. Herr Israel Cohen, der im Auftrage der Keren Hajessod-Leitung Australien und Ostasien bereist, hat in Shanghai bisher 10.000 Pfd. gesammelt. (Z. K.)

Keren Hajessod in Frankreich.

(J. C. B.) Das Zentralkomitee der französischen zionistischen Föderation hat sich auf seiner letzten Sitzung ausschließlich mit der Organisierung des Keren Hajessod in Frankreich befaßt. Nach einem Referate Alexand. Goldsteins aus London, wurde beschlossen eine Länderkommission für den Keren Hajessod einzusetzen, deren erste Aufgabe die Ausarbeitung eines detaillierten Arbeitsplanes für eine großzügige Aktion des Keren Hajessod in Frankreich sein wird. Dieser Plan soll dem Mitte Januar stattfindenden Delegiertentage der französischen Zionisten vorgelegt werden.

Amerika gegen die Ausweisung der Flüchtlinge aus Wien.

(J. C. B.) Auf Grund eines Berichtes aus Wien über die Ausweisungsmaßregeln der österreichischen Behörden gegen die seit Kriegsausbruch nach Oesterreich zugewanderten Juden aus Galizien und der Bukowina, hat das Administrationskomitee des Kongresses der amerikanischen Regierung unternommen. Das Kongreßkomitee erhielt von der Regierung in Washington eine Antwort, daß der amerikanische High Commissioner in Wien beauftragt wurde, unverzüglich Informationen über die Ausweisungsgefahr nach Washington einzuschicken, worauf die Regierung die erforderlichen Schritte unternehmen wird.

Vor der Errichtung des Judenstaates.

Von Dr. Hugo Herrmann, M.-Ostrau.

IV.

Das Instrument des Aufbaues.

Wir haben gesehen, daß die wesentlichsten politischen Vorbedingungen für den Aufbau der jüdischen Heimstätte gegeben sind, daß das jüdische Palästina errichtet werden kann, und daß seine Errichtung eine Notwendigkeit für das jüdische Volk ist. Wir haben uns die wichtigsten Aufgaben vergegenwärtigt, die in der ersten Periode der konstruktiven Palästinaarbeit zu lösen sind. Die nötigen Pläne sind vorhanden, die Fachleute zu ihrer Durchführung stehen zur Verfügung, zehntausende von arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen warten nur auf das Zeichen zum Aufbruch. Und doch kann dieses Zeichen nicht gegeben werden, können die Pläne nicht ausgeführt, kann die Arbeit nicht begonnen werden, so lange eine wichtige Voraussetzung fehlt, das sind die nötigen Geldmittel.

Wer das dritte Kapitel unserer Ausführungen gelesen hat, weiß, daß die Arbeiten, die uns zunächst obliegen, so geartet sind, daß sie mit dem privatwirtschaftlichen Maßstab gemessen unrentabel sind. Der Erwerb von Boden in Palästina in Privateigentum soll nach Möglichkeit gänzlich ausgeschaltet werden. Die volkswirtschaftliche Wissenschaft läßt keine Zweifel darüber, daß das Privateigentum an Grund und Boden, wenn nicht die einzige, so doch sicher die Hauptursache für alle Härten und Mängel des kapitalistischen Systems ist. Wir knüpfen nur an die große Tradition des antiken Judentums an, wenn wir darnach streben, daß der gesamte Boden des Landes nicht im Besitz von Einzelnen sondern im Eigentum des ganzen jüdischen Volkes ist, das diesen Boden nur in Erbpacht an die Bebauer gibt. Somit ist an einen Gewinn durch die außerordentliche Wertsteigerung des Bodens nicht zu denken. Die materielle und sanitäre Vorsorge für die Emigration, die Errichtung von Einwandererhallen in den Ankunftshäfen, die Aufschließung zusammenhängender Bodenflächen durch Entsumpfung, Bewässerung, Entsteinung und Aufforstung kann einen unmittelbaren Ertrag nicht liefern. Die Früchte dieser Arbeiten wird das jüdische Volk, vielleicht noch in dieser Generation, vielleicht erst in der nächsten, genießen und zwar in der Gestalt eines gesunden, blühenden Landes, das mit öffentlichen Einrichtungen reichlich ausgestattet ist und über einen erfreulichen nationalen Besitz verfügt. Aber niemals kann unsere Absicht sein, die Kolonisation so durchzuführen, daß das neue Land derart exploitiert wird, daß es die nötigen Aufwendungen reichlich vergilt oder auch nur entsprechend verzinst. Das ist ja der fundamentale Unterschied unserer Kolonisationsaufgabe von den bisher bekannten, daß noch jedesmal, wenn ein europäisches Volk kolonisiert hat, dies zu Gunsten und zu Nutzen des „Mutterlandes" geschah, während in unserem Falle das über die ganze Welt zerstreute jüdische Volk kolonisieren will zu Gunsten und zu Nutzen desjenigen Teiles, der sein Leben mit dem Leben der altneuen Heimat verknüpft. Daher ist jede Art von imperialistischer Kolonisation, von Kolonialwirtschaft zu Gunsten derjenigen Schicht, die die Kolonisation finanziert, von vornherein ausgeschlossen.

Damit ist nicht gesagt, daß nicht einzelne der durchzuführenden Arbeiten auch in privatwirtschaftlichem Sinne rentabel sein sollen. Die Schaffung von Kraftwerken und die Entwicklung einer darauf basierenden Industrie, ferner die Errichtung von Bankinstituten zur Beschaffung des nötigen langfristigen Hypothekar-, und Agrarkredites wird zweifellos so zu erfolgen haben, daß diese Unternehmungen keine philantropischen Grundsätze befolgen, sondern gesunde geschäftliche Maximen, daß sie nicht trägen Elementen ein müheloses Dasein ermöglichen, sondern arbeitenden Menschen die Vorbedingungen der Arbeit erleichtern. Damit hängt schon zusammen, daß die Mittel, die für solche Zwecke nötig sind, nicht verloren gehen, auch nicht im privatwirtschaftlichen Sinne, sondern eine angemessene Verzinsung finden.

Ohne Rücksicht auf diese Erwägungen ist schon vor längerer Zeit, so bald nur überhaupt die Möglichkeit des Aufbaues in greifbare Nähe zu rücken schien, der Gedanke aufgetaucht, die Mittel zum Aufbau durch eine nationale Anleihe zu schaffen. Der Gedanke ist so alt wie der politische Zionismus selbst. Theodor Herzl, der, um eine bestimmte Ziffer zu nennen, im „Judenstaat" von einer Milliarde Mark (50 Millionen Pfund Sterling) als dem nötigen Anfangskapital sprach, dachte an drei Wege der Aufbringung dieses Kapitals: durch die Hochbank, durch die Mittelbank und durch eine volkstümliche Subskription. Aber unmittelbar nach der Niederschrift des „Judenstaates" schwebten ihm doch nur zwei Möglichkeiten vor, die erste und die dritte. Und als Baron Hirsch in der denkwürdigen Unterredung am Pfingstsonntag 1895 Herzl davon überzeugte, daß die Hochfinanz für den Plan nicht zu haben sein werde, die Frage der Geldbeschaffung aber letzten Endes der Kernpunkt des Problems sei, da rief ihm Herzl zu: „Ich werde eine jüdische Nationalanleihe von zehn Milliarden Mark aufbringen." Der Gedanke scheint ja auch so überaus einleuchtend. Die erforderliche Summe ist so groß, daß sie im Budget eines Mittelstaates eine ansehnliche Rolle spielen würde, daß ihre Aufbringung durch Privatanstrengung einzelner, und seien es auch die Reichsten der Erde, undenkbar ist; da kann nur eine große Aktion des ganzen Volkes helfen und die Form der Anleihe ist der gegebene Ausdruck dafür, daß es sich diesmal nicht mehr um noch so große organisierte Hilfe für Einzelne, sondern um die Hilfe für das Volk, um die Gründung des Staates handelt. Einzelne Vertreter des Anleihegedankens haben ja sogar das etwas bizare Argument vorgebracht, durch die Aufnahme einer Anleihe trete das jüdische Volk eben in die Reihe der staatsbildenden Völker ein, denen allen gemeinsam sei, daß sie Staatsschulden haben. Es ist ein Körnchen Wahrheit auch in diesem Argument und jeder Kenner der Psychologie der jüdischen Massen wird zugeben, daß es eine außerordentliche Erleichterung für die Aufbringung der nötigen Summe wäre, wenn die Parole der nationalen Anleihe hätte ausgegeben werden können.

Den Verfechtern dieser Parole stand aber bei den entscheidenden Beratungen des vergangenen Jahres eine andere Gruppe gegenüber,

Feuilleton.

Zur Judenfrage.

Von Fr. W. Foerster.

Die Berliner „Jüdische Rundschau" schreibt:

Im Verlag „Friede durch Recht" (Stuttgart) erschien soeben ein hochinteressantes Buch des bekannten Pädagogen und Politikers Fr. W. Foerster: „Mein Kampf gegen das militärische und nationalistische Deutschland." Ohne sich mit allem dort Gesagten zu identifizieren, darf gesagt werden, daß in ihm eine der wesentlichsten Quellen aufgedeckt wird, aus der das über Deutschland verhängte Schicksal geflossen ist: der nationalistische und militaristische Dünkel. Wenn wir aus diesem Buche das kurze Kapitel über die Judenfrage hier zum Abdruck bringen, so geschieht es weniger um der darin enthaltenen Absage gegen den Antisemitismus willen. Wichtiger scheint es uns als Beispiel dafür, wie seltsam sich sogar im Denken eines der freiesten und edelsten deutschen Geister Jüdisches spiegelt. Daß der überzeugte Christ von der „Assimilierung an den Geist Christi" spricht, nimmt uns nicht Wunder. Nachdenklich machen aber sollte es uns, wie wenig anscheinend auch dieser Mann vom Wesen des Judentums als einer Gemeinschaft weiß. An dem tiefen und unermüdlichen Streben Foersters nach Wahrheit und Gerechtigkeit ist kein Zweifel erlaubt. Um so deutlicher wird, wieviel uns noch zu tun bleibt, um den Gedanken des jüdischen Volkes wenigstens denen nahe zu bringen, die gleich ihm an einer neuen Weltordnung des Rechtes schaffend sich bemühen.

*

In dem Kapitel über den deutsch-französischen Konflikt wurde ein Wort Paul Seippels zitiert: daß der Triumph des Rechts und der Wahrheit im Dreyfußprozeß die Ouvertüre zum französischen Sieg an der Marne gewesen sei. Dieses überaus treffende Wort hat eine tiefe, mahnende Bedeutung für Deutschland. So wie Frankreich gerade deshalb der deutschen Wucht standzuhalten vermochte, weil es moralische Kraft und Klarheit genug besessen hatte, um das Recht eines einzigen Juden schwer zu nehmen und monatelang dafür zu ringen, daß das Leben dieses Juden den Militärs entrissen werde — so wird Deutschland endgültig zusammenbrechen, wenn es den deutschen Nationalisten gelingt, weitere Kreise in Deutschland zur Brutalisierung der jüdischen Elemente aufzuhetzen. Wie wir den Juden behandeln, danach werden wir gerichtet werden. Der Jude ist uns gegeben, damit wir uns ihm gegenüber in schwerem Kampf mit eigener roher Unduldsamkeit zum Rechtsgedanken emporringen — unser eigenes Recht in der Welt wird weder durch flammende Proteste noch durch Gewalt und Intrige, sondern nur durch unsere innerste Bewährung gegenüber dem fremden Rechte zur Anerkennung gebracht werden.

Gewiß kann es niemand verwehrt werden, den jüdischen Einfluß für schädlich zu halten und ihn mit allen erlaubten und anständigen Mitteln zu bekämpfen, das wilde und harte Generalisieren aber, die Fußtrittsprache, die gesellschaftliche Achtung und Ausschließung verrät eine unbeschreibliche Roheit der Gesinnung; man fragt sich mit Grauen, ob das deutsche Volk für diesen Antisemitismus, dessen erster und lautester Wortführer bezeichnenderweise Treitschke war, nicht noch einmal schwer gestraft werden könne dadurch, daß ihm in der Welt das gleiche zugefügt wird, was seine Hetzer jetzt dem Juden zufügen. Eine Ahnung von solchem Gericht kann man im Ausland bekommen, wenn man merkt, wie wir überall als „boches" gestempelt sind; da kann man sich eine Vorstellung von der Tiefe des Wehs machen, das die hochgesinnten Elemente unter den Juden über diese verallgemeinernde Ausstoßung, über diesen Makel ihrer Geburt, über diese unmenschliche Mißachtung empfinden.

So wie im vorangehenden vom Preußen gesagt war, daß er die letzten Konsequenzen aus einem allgemeinen Weltzustand gezogen habe und dadurch ein Spiegel für eben diesen Weltzustand geworden sei, so darf man auch vom Juden sagen, daß sein Geschäftsgeist nicht etwa ein isoliertes Uebel innerhalb der menschlichen Wirtschaft darstellt, sondern vielmehr das tiefste Wesen dieser Wirtschaft mit konzentrierter Betriebsamkeit und Logik ans Licht bringt und deshalb ein Spiegel der Selbsterkenntnis für den Geist unserer „arischen" Oekonomie ist. Man soll gewiß die Art von jüdischem Typus, die auf diesem Boden gewachsen ist, nicht beschönigen, es ist aber der Gipfel der Oberflächlichkeit, wenn man den Zorn all derer die unter dem modernen Geldmenschentum leiden, auf den Juden ablenkt, statt ihnen das Wort auf die Lippen zu legen: nostra culpa, nostra maxima culpa! Denn auch die arischen Kapitalisten sind nicht Banditen innerhalb einer Welt von Liebe und Ehrlichkeit, sondern auch sie bringen auf einem ganz bestimmten Gebiet nur die allgemeine rücksichtslose und kulturlose Gier nach materieller Sicherung und Macht zum Ausdruck.

Für das deutsche Volk wird die Art seiner Stellungnahme zur Judenfrage außenpolitisch und innenpolitisch von höchster Be-

die sich auf den Standpunkt stellte, unser Aufbauwerk dürfe mit Anleihen und Bankgeschäften in keiner Form verknüpft werden. Das jüdische Volk habe mit dem Recht auch die Pflicht, den Aufbau zu verwirklichen und die kapitalskräftigen Teile des Volkes müßten ebenso wie die Armen nach äußersten Kräften dazu beitragen, ohne eine individuelle Gegenleistung zu erwarten. Man dürfe das neu entstehende Gemeinwesen nicht von vornherein mit der Bürde von Zinsen und Annuitäten belasten.

Für beide Meinungen spricht so manches. Den Ausschlag in der Diskussion, die schon bei der Sitzung des großen Aktionskomitees in London im Februar 1920 durch mehrere Tage geführt und anläßlich der Jahreskonferenz im Juli desselben Jahres weitergesponnen wurde, gaben schließlich die Argumente derjenigen Männer, die im geschäftlichen Leben stehen und die Bedingungen in den westlichen Staaten am gründlichsten kennen. Es ist ja klar, daß die Juden Amerikas und des englischen Reiches den größeren Teil der finanziellen Last zu tragen haben werden, und daher war es von überzeugender Wirkung, als alle Vertreter dieser Juden und insbesondere die Bankfachleute auseinandersetzten, daß möglicherweise die Parole der nationalen Anleihe die polnischen und ukrainischen Juden zur Hergabe von mehreren hundert Millionen polnischer Mark und ukrainischer Rubel veranlassen würde, die in der palästinensischen Valuta zu geringfügigen Summen zusammenschrumpfen, daß aber die weltlichen Juden und vor allem die wohlhabenden und reichen Schichten einer Anleihe durchaus ablehnend gegenüberstehen würden, über deren Verzinsung und Amortisierung etwas bestimmtes nicht gesagt werden könne. Wirklich wäre es unmöglich, heute etwas darüber zu sagen, von welchem Zeitpunkt die Verzinsung unserer Anleihe beginne, zu welchem Zinsfuß sie erfolgen und von wann an und in welchem Tempo eine Rückzahlung möglich sein würde.

Daher entschloß sich die im Juli 1920 in London tagende zionistische Weltkonferenz, einen mittleren Weg zu wählen und die Gedanken der Anleihe, der freien Spenden und der geschäftlichen Investition miteinander zu verknüpfen. Sie schuf als das Instrument des Aufbaues den Keren Hajessod, den Palästinagründungsfonds, der in der Höhe von 25 Millionen Pfund vom jüdischen Volke aufgebracht, und von welchem ein bestimmter Teil für im privatwirtschaftlichen Sinne rentable Arbeiten verwendet werden soll. Der sich so ergebende Ertrag wird zu einer wenn auch bescheidenen Verzinsung der Gesamtbeiträge zum Keren Hajessod verwendet.

Der Keren Hajessod ist durch eine einmalige Aktion des gesamten jüdischen Volkes aufzubringen. Es ist klar, daß die erforderlichen Geldmittel in kürzester Zeit zur Verfügung stehen müssen, soll das Werk gelingen. Natürlich wird das jüdische Gemeinwesen in Palästina auch nach der ersten Periode des Aufbaues noch sehr wesentliche finanzielle Bedürfnisse haben. Für diese Bedürfnisse wird dann durch Anleihen vorgesorgt werden können, da als Ergebnis der ersten Aufbauperiode eine Kreditbasis geschaffen sein wird, genau so wie schon jetzt das Mittel der Anleihe in jenem Maße zur Anwendung kommt, in dem es durch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes zulässig erscheint. Die palästinensische Regierung, an deren Spitze der High Commissioner Sir Herbert Samuel steht, hat bereits unter Garantie der englischen Regierung eine Anleihe von zwei einhalb Millionen Pfund Sterling aufgenommen, für deren Verzinsung und Amortisierung die palästinensischen Staatseinnahmen aus Steuern, Zöllen, Eisenbahnen usw. bürgen. Auch diese Anleihe, die nicht nur den jüdischen Bewohnern des Landes, sondern der gesamten Bevölkerung zu gute kommt, hat die zionistische Organisation vermittelt. Sie ist das erste Glied in einer ganzen Kette ähnlicher und immer größer werdender Maßnahmen, die die Weiterführung des Aufbaues sichern werden. Für die Ueberwindung der ersten Stufe aber ist der Keren Hajessod geschaffen.

Der Keren Hajessod ist als eigene Gesellschaft nach englischem Rechte und mit dem Sitze in London konstituiert. Sein Direktorium ist von der zionistischen Organisation unabhängig und durch das Statut verpflichtet darüber zu wachen, daß von den Mitteln des Keren Hajessod keinerlei Beiträge für Zwecke der zionistischen Organisation verwendet werden. An der Spitze des Direktoriums steht ein Mann, der in der zionistischen Organisation keinerlei Funktion ausübt und durch seine persönliche Bedeutung für die richtige und bestimmungsgemäße Verwendung des Keren Hajessod die sicherste Bürgschaft gibt, Sir Alfred Mond, zurzeit Minister für öffentliche Arbeiten im britischen Kabinett. An seiner Seite steht Lord Walter Rothschild, der Chef des Londoner Hauses, Vorsitzender des Großen Aktionskomitees der zionistischen Organisation.

Für die Verwendung des Keren Hajessod ist der grundlegende Beschluß der Londoner Konferenz vom Juli 1920 maßgebend. Er bestimmt, daß von den gesamten Beträgen vroab 20 Prozent zum Ankauf und zur Aufschließung von Ländereien in Palästina verwendet werden, die in das Eigentum des Jüdischen Nationalfonds übergehen. Diese Maßnahme bedeutet, daß der Boden für ewige Zeiten Eigentum des jüdischen Volkes bleibt und nicht veräußert, sondern nur in Erbpacht vergeben werden kann. Von den verbleibenden 80 Prozent ist ein Drittel für die Uebergangsaufgaben, hauptsächlich für die Emigration und für das Erziehungswesen, zu verwenden, das zweite Drittel für die Schaffung dauernder Werte, die im Eigentum der Nation bleiben, wie Arbeiterhäuser, Gebäude für Schulen, Spitäler und dergleichen, das letzte Drittel für Unternehmungen geschäftlicher Natur, wie Banken für Hypothekar-, und Agrarkredit, Kraftwerke und Schaffung von Industrien. Zur Kontrolle der Geldgebarung des Keren Hajessod ist ein eigenes Kontrollkomitee (Board of Trustees) eingesetzt, das aus angesehenen Finanzleuten besteht. Weit höhere Bedeutung als der Board of Trustees gewinnt eine zweite Beratungskörperschaft, der wirtschaftliche Beirat (Economic Council) nach dessen Direktiven die Verwendung des für geschäftliche Unternehmungen bestimmten Drittels des Keren Hajessod erfolgt. Den Vorsitz im Economic Council führt Sir Alfred Mond und außer ihm sind die wichtigsten Mitglieder dieses Komitees James Rothschild (der Sohn vom Baron Edmund Rothschild in Paris) und Sir Robert Valley Cohen.

Um von vornherein klar zu machen, daß die hohe erforderliche Summe durch kleine Spenden der bisher üblichen Art nicht aufgebracht werden könne, wurde für die Beitragsleistungen für Keren Hajessod das Vorbild des altjüdischen Maaser oder Zehent aufgestellt. Es soll Ehrenpflicht eines jeden Juden sein, dem Palästinagründungsfonds, dem Volksschatz des werdenden Judenstaates, den zehnten Teil seines Vermögens und durch fünf Jahre hindurch den zehnten Teil seines Einkommens zuzuführen.

Die gezeichneten Beträge können im Laufe von fünf Jahren, aber nicht später eingezahlt werden. Ueber jede Zeichnung erhält der Zeichner eine provisorische Bestätigung von seiten der Landes-Zentrale des Keren Hajessod, die dann nebst den Quittungen über die eingezahlten Beträge gegen ein vom Direktorium des Keren Hajessod ausgestelltes Zertifikat ausgetauscht wird, das den Inhaber zum Anteil an der Verwaltung des Keren Hajessod und zum Mitgenuß der Erträge der mit den Mitteln des Keren Hajessod geschaffenen wirtschaftlichen Unternehmungen berechtigt.

Der Aufruf zur Schaffung des Keren Hajessod ist an die Juden der ganzen Welt ergangen. Er hat überall das lebhafteste Echo gefunden und aus einer ganzen Reihe von Ländern liegen bereits Meldungen über erste Zeichnungen vor, die viele Millionen betragen. Das jüdische Volk wird zu zeigen haben, ob es für die große Aufgabe, die ihm zugefallen ist, reif ist, unsere Generation wird erweisen müssen, ob sie der hohen Bedeutung des Augenblicks würdig ist. Die Zeit der Propaganda, die Zeit der großen Worte ist vorüber. Der Zionismus sucht keine Anhänger, seit es kein Opfer sondern eine Ehre ist, Anhänger des Zionismus zu sein. Der Zionismus braucht ein Geschlecht, das ihn verwirklicht. Für Keren Hajessod soll nicht geworben werden mit tönenden Phrasen und nicht mit hochklingenden Versprechungen. Für ihn wirbt die klare und nüchterne Sprache der Tatsachen, die durch die zähe, weder durch Spott und Hohn noch durch Mißerfolge zu entmutigende Arbeit von Idealisten geschaffen sind, und der Tatsachen, die uns die Wirklichkeit des jüdischen Lebens in der Diaspora und in Palästina darbietet. Das jüdische Volk hat die Wahl: ein Gemeinwesen aufzubauen, das durch friedliche Arbeit, soziale Gerechtigkeit und geistige Hochleistung ein Beispiel geben soll der ganzen Menschheit — oder endgültig und für immer sich als ein Volk von Schmarotzern und Parasiten zu bekennen, ein Volk, das nur aus den Adern eines fremden Organismus seine Lebenssäfte saugen kann, aus eigener Kraft aber und für seine eigene Zukunft ein großes Werk zu schaffen unfähig ist. Wir zweifeln nicht, welchen Weg das jüdische Volk wählen wird.

England und Palästina.

(J. C. B.) Am 26. Dezember richtete im englischen Unterhaus Leut. Colonel Croft eine Anfrage an den Premierminister, ob er versichern könnte, daß die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte im Heiligen Lande keine permanenten Lasten den britischen Steuerzahlern aufbürden werde. Mr. Bonar Law antwortete: Die Annahme des Mandats über Palästina bezweckt nicht die Auferlegung irgendwelcher permanenten Ausgaben für die britischen Steuerzahler. Leut. Commander Kennworthy: Ist es nicht Tatsache, daß die Juden der ganzen Welt ungeheure Summen für die Entwicklung Palästinas aufbringen, und haben wir keine Verpflichtung dem jüdischen Volke gegenüber dafür, daß es für uns kämpfte? Mr. Ormsby Gore: Hat nicht die jüdische Bevölkerung der ganzen Welt seit der Besetzung Palästinas viele Tausende jährlich für das Erziehungswesen und allerhand Arbeiten, wie öffentliche Gesundheit in Palästina, verausgabt, was sonst diesem Lande zur Last gefallen wäre? Bonar Law: Es ist zweifellos eine Tatsache, daß sehr große Summen von den Juden der ganzen Welt aufgebracht wurden. Dies hat gewiß zur Belastung dieses Landes nicht beigetragen, und ich denke, daß das geehrte Mitglied recht hat, wenn es behauptet, daß dies Ausgaben erspart hat. Leut. Commander Kennworthy: Ist es nicht der Fall, daß viele Juden an unserer Seite kämpften und getötet wurden, weil sie die ausdrückliche Bürgschaft hatten, daß wir ihnen zur Wiedererlangung ihrer nationalen Heimstädte verhelfen werden?

Am 27. Dezember besprach der Delegierte Englands beim Völkerbund, Mr. Balfour, im Unterhause die Mandatsfragen und erklärte, daß bezüglich dieser Fragen noch nicht viel beschlossen wurde. Der Völkerbundrat habe einen Plan, betreffend die Kontrolle und Kritik der Tätigkeit der Mandatsstaaten, entworfen, der sowohl den die Mandate ausübenden Mächten als auch der Bevölkerung der Mandatsländer genehm sein dürfte. Nach diesem Plane soll die zu diesem Zwecke eingesetzte Kommission aus neun Mitgliedern bestehen, die ungeachtet ihrer Staatszugehörigkeit bloß auf Grund ihrer persönlichen Qualifikationen, ihres Wissens, das sie auf diesem Gebiete besitzen, ihrer Ehrlichkeit, ihres Charakters und ihrer allgemeinen Fähigkeit, die ihnen auferlegten verantwortungsvollen Pflichten zu erfüllen, gewählt werden. Sie dürfen in keiner Regierungsstelle sich befinden und müssen soweit als möglich einen vollständigen uninteressierten und unparteiischen Standpunkt einnehmen. Ihnen zur Seite werden Assessoren gestellt. Jedes Land wird das Recht haben, einen Assessor zu bestimmen, der der Diskussion über das betreffende Mandatsterritorium, jedoch nicht der Abstimmung, beiwohnen darf. Der endgültige Beschluß der Kommission wird ihm zugeteilt werden, und er wird das Recht haben, den Beschluß zu kritisieren, auf die eventuellen Ungerechtigkeiten hinzuweisen und die Interessen seines Landes zu verteidigen. Die Kommission wird die Pflicht haben, den für den Völkerbundrat bestimmten Bericht mit allen Kommentaren des betreffenden Assessors zu versehen. Wenn der Bericht veröffentlicht werden soll, was zweifellos der Fall sein wird, wird er auch die Kommentare enthalten. Dort wo es sich um Arbeitsfragen handeln wird, wird auch ein vom Arbeitsbüro bestimmter Arbeitsassessor zugezogen werden.

Die Plenarsitzung des Komitees der Jüdischen Delegationen.

Am 8. Jänner eröffnete Sokolow die Plenarsitzung des K. d. J. D. in Paris. Es galt vor allem die beim Völkerbund erfolgreich begonnenen Aktionen zur Wahrung der Rechte des jüd. Volkes auszubauen und an Stelle des K. d. J. D. eine feste, mit den Landesorganisationen in stetem unmittelbarem Kontakt stehende Vertretung des jüd. Volkes auf demokratischer Grundlage zu schaffen. Die Sitzung, der außer dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär Motzkin, noch Sir Stuart Samuel (England), W. Temkin, Boris Goldberg, H. Sliosberg, A. Alperin, Dr. D. Pasmanik, A. Goldstein, M. Hindes, Hans Kohn (Tschechoslowakei), Dr. Kraemer (Bukowina) und Vertreter Polens und anderer Staaten beiwohnten, wurde eingeleitet durch Berichte Sokolows und Motzkins über die Tätigkeit des K. d. J. D.

---

deutung werden. Es möge sich dreimal besinnen, ehe es sich in das Treiben seiner Antisemiten hineintreiben läßt. Wir haben wahrlich genug Feinde in der Welt, es fehlte gerade noch, daß wir auch jetzt noch, wo unsere ganze Wiederherstellung von riesigen Krediten abhängt, die jüdische Hochfinanz der ganzen Welt gegen uns aufbringen. Ferner: Unsere weltgeschichtliche Aufgabe in den nächsten Zeiten wird die kulturelle und soziale Auseinandersetzung mit dem Ostjudentum werden. Wir können dieses Problem in einer Weise lösen, die uns den Dank der ganzen Welt bringen würde, wir können es aber auch in einer Weise behandeln, daß es zum Ausgangspunkt einer allgemeinen europäischen Vergiftung wird. Innenpolitisch endlich sollten wir bedenken, daß wir Zwietracht und Streit genug im Innern haben — sollen wir uns nun noch das deutsche Judentum, dessen Energie und Sachkenntnis wir zum Aufbau unserer Wirtschaft unbedingt brauchen, wieder gegen uns mobil machen und es in die Reihen unserer Gegner treiben? Ist dies ganze Treiben nicht der reinste deutsche Selbstmord?

Es sei dem Verfasser gestattet, hier folgende Schlußsätze des Kapitels über die Judenfrage aus seiner „Politischen Ethik und politischen Pädagogik“ zum Ausdruck zu bringen:

„Es ist etwas von der Vorsehung Bestimmtes, daß in vielen Erscheinungen des entwurzelten Judentums uns die ganze Häßlichkeit und Gottverlassenheit der Selbstsucht in ihren verschiedensten Erscheinungsformen ausgewachsen und abstoßend vor Augen tritt. Wir können uns dagegen aber nur dadurch zur Wehr setzen und zugleich dem hochgeborenen Volke selbst aus seiner weltgeschichtlichen Not heraushelfen, — daß wir uns gerade im Angesichte der ausgewachsenen Selbstsucht zur ausgewachsenen Liebe bekennen und dieses Bekenntnis im Umgang mit dem Juden um zur Tat werden lassen. Dies allein heißt an Christus glauben — alles andere ist doch nur verschleierte Politik der Selbstsucht und steigert auch im Judentum alle Gewalten des Bösen. Wir werden immer und überall für eigene Selbstsucht dadurch gestraft, daß wir auch in anderen die Dämonen entfesseln — wir werden für jeden Fortschritt in der Liebe dadurch belohnt, daß wir neue Kraft gewinnen, auch in den anderen das göttliche Leben zu wecken. Dies heißt nicht, alles dulden und sich alles gefallen lassen. Im Gegenteil: Christus erst macht uns wahrhaft lebendig im Kampf gegen das Böse. Aber er zeigt uns, wie wir kämpfen können, ohne angesteckt zu werden von dem, den wir bekämpfen. Und er lehrt uns, das, was wir in anderen bekämpfen wollen, zunächst in uns selber von Grund aus zu überwältigen: erst dadurch erhalten wir weltüberwindende Kräfte, erst dadurch kämpfen wir wirklich und aufrichtig gegen das Böse, alles andere ist nur ein Scheinkampf: man läßt die eigenen bösen Hunde los, um das fremde Böse zu vernichten, das Ende des Ganzen aber ist nur, daß wir uns und andere noch böser gemacht haben.

Mit dem schlechten und entarteten Judentum werden wir nur dann fertig werden, wenn wir uns mit dem edlen und innerlich befreiten Judentum verbinden. Damit die edleren Juden aber gegen die Erbschaft des Ghettos auch wirklich mobil gemacht werden, müssen wir alles tun, diese edlen Elemente nicht durch verallgemeinernden Antisemitismus in Kameraderie mit den schlechten Elementen hineinzutreiben. Das Germanentum hat in den letzten Jahrzehnten durch solchen verallgemeinernden Antisemitismus schwere Schuld auf sich geladen und die Lösung des Problems außerordentlich erschwert. Statt solcher kurzsichtigen und unchristlichen Stellungnahme müssen alle christlichen Völker sich bewußt werden, daß sie die Sünden ihrer Vorfahren wieder gutzumachen haben. Wo immer wir abstoßende Juden antreffen, da müssen wir an alle die schweren Untaten denken, die von christlichen Völkern an den Juden begangen worden sind — das wird uns nachsichtig machen und uns antreiben, jüdischen Fehlern bei aller Offenheit doch nie mit Roheit und harter Mißachtung zu begegnen.

Die Anwesenheit des jüdischen Elementes in unserer Mitte — und gerade oft des durch jahrhundertelange Aussperrung und Mißachtung entarteten Judentums, das sich nun dadurch an uns rächt, daß es alle die in ihm emporgezüchteten Eigenschaften zu unserem Schaden betätigt — das alles ist eine gottgewollte Prüfung für unsere ganze soziale Kultur und vor allem für unser Christentum. Solange wir dieses jüdische Element nur vom Standpunkt kalter und gereizter Abneigung und gelehrten oder ungelehrten Rassendünkels behandeln, solange wird unsere ganze soziale und christliche Kultur auf niederer Stufe stehen bleiben.

Nur durch Christus und in Christus wird die Judenfrage gelöst. Weder Ausstoßung und Aussperrung, noch bloße Assimilierung und äußerliches Taufen kann den ungeheuren inneren Schwierigkeiten des Problems irgendwie gerecht werden. Erst wenn beide, der Jude und der Christ, sich von ganzer Seele dem Geiste Christ „assimilieren“, ist die wirkliche Assimilierung des jüdischen Volkes mit den arischen Rassen möglich und lebensfähig.“

„J. R.“

in Genf. Trotzdem diese Tätigkeit nur einen Anfang bildete, bedeutet sie doch den Beginn einer neuen Epoche in den internationalen Beziehungen des jüd. Volkes. Die erzielten Erfolge, insbesondere bezüglich Finnlands, sind von großer prinzipieller Bedeutung für die Zukunft. Das K. d. J. D. war bestrebt in diesen Lebensfragen des jüd. Volkes wie betr. der Pogrome mit allen anderen jüd. Organisationen zusammenzugehen. Leider war das Komitee gerade in der Zeit, wo es galt, die größten Schwierigkeiten zu überwinden, allein in Genf. In seinem allgemeinen Bericht über die Tätigkeit des Komitees im letzten Halbjahr betont der Vorsitzende und auch der Generalsekretär die Wichtigkeit des K. d. J. D. das die einzige interterritoriale Grundlage sein will, wo die Judenschaft der einzelnen Länder sich nicht an die ausländische Judenheit um Hilfe wendet, sondern wo sie selber als stimmberechtigte Mitglieder über die Vertretung ihrer Wünsche und Beschwerden entscheiden. Motzkin besprach hierauf die bisherigen Aktionen des Komitees und die kommenden Pläne in Verbindung mit der Reorganisation des Komitees. Es gilt einen innigeren Kontakt mit den Landesorganisationen zu schaffen, in den Ländern, wo die Judenschaft noch nicht organisiert ist, auf eine derartige Organisierung zu dringen und die finanzielle Basis des Komitees sicherzustellen und auszubauen, denn nur durch Vorhandensein genügender Gelder kann das K. d. J. D. seine Arbeiten im notwendigen Umfange führen. Die Aktionen des Komitees vor dem Völkerbund sollen in einer Broschüre franz., engl. und deutsch erscheinen, ein Abteilungsbureau in Genf errichtet werden; auch das geplante Schwarzbuch über die Pogrome in der Ukraine, eine ausführliche Studie über Minoritätsrechte von einer ersten Autorität des internat. Rechts und der ausführliche Bericht über die Tätigkeit des Komitees seit seiner Gründung sind bereits abgeschlossen und werden demnächst in mehreren Sprachen zugleich erscheinen. Neben den politischen Verhandlungen, über die der Vorsitzende interessante Einzelheiten mitteilte, ist es vor allem die Frage der Pogrome, die das Komitee sehr beschäftigt. Das K. d. J. D. hat sich diesbezüglich auch mit bekannten jüdisch-russischen Politikern, die kein Mandat für das Komitee besitzen, in Verbindung gesetzt und diese Beratungen haben u. a. auch die Notwendigkeit der Gründung einer jüdischen Vereinigung für den Völkerbund ergeben, die das Komitee bereits auf seiner Karlsbader Plenarsitzung beschlossen hatte. Das Komitee beschäftigte sich letzthin auch mit der Frage des rechtlichen Schutzes der Emigration und der Sicherung ihrer geographischen Möglichkeit und unterstützt die vom Exekutivkomitee der jüdischen Welthilfskonferenz organisierte Reise seines Mitgliedes W. Temkin nach Bessarabien, um den ukrainischen Flüchtlingen Hilfe zu bringen.

In der Diskussion fragte Boris Goldberg, wieso das K. d. J. D. als eine repräsentative interterritoriale Organisation, die das Mandat von 12 Millionen Juden besitzt, die erste Eingabe wegen der Pogrome an den Völkerbund gemeinsam mit der JTO gezeichnet habe, da diese in Wirklichkeit nicht mehr existiert. Sokolow erwiderte, daß Zangwill eigens nach Genf gekommen sei, um sich an den Aktionen gegen die Pogrome zu beteiligen und man in einer so wichtigen Frage, wie es die Pogrome sind, die Privatinitiative nicht ausschalten durfte. Hindes fragt, [illegible] das K. d. J. D. irgendwelche Beziehungen zu dem bedauerlichen Briefwechsel habe, den Lucien Wolf mit Paderewski geführt habe. Sokolow erwiderte, dieser Briefwechsel habe vor Ankunft der Delegation des K. d. J. D. nach Genf stattgefunden. Dr. Pasmanik erklärt, er habe Nachrichten, daß die Stimmung in Genf unter den Völkerbundsmitgliedern sehr antisemitisch gewesen sei. Auf die Frage, ob die gegen die Juden erhobene Beschuldigung des Bolschewismus nicht der Grund dieser Haltung sei, erwiderte Sokolow, daß der Grund dieser Schwierigkeit nicht so sehr im Antisemitismus der Völkerbundsmitglieder liegt, als vielmehr in der völligen Uninformiertheit der meisten Völkerbundsmitglieder über das Judentum, von denen die meisten aus südamerikanischen oder asiatischen Ländern kommen, wo es eine Judenfrage nicht gibt. Auch sei natürlich die allgemeine reaktionäre Welle, die heute durch die Welt gehe, den Forderungen der Humanität und der Gerechtigkeit für ein kleines Volk nicht günstig. Sokolow und auch Motzkin betonten noch, daß die Beschuldigung des Bolschewismus nicht etwa der einzige Grund des Antisemitismus sei. Es sei nur sein modernster Vorwand. Eine Verteidigung gegen diese Beschuldigung wäre entwürdigend und auch gänzlich zwecklos. Das K. d. J. D. könne nur in jüdischen Fragen eingreifen, müsse aber sonst in allen Fragen der allgemeinen Politik wie in allen Kämpfen zwischen einzelnen Völkern, Klassen, wirtschaftlichen Systemen, strengste Neutralität bewahren. Sir Stuart Samuel warf einen längeren Rückblick auf seine vergangene Tätigkeit und seine Reise nach Polen, wobei er erzählte, wie er führenden polnischen Politikern erklärt habe, daß er die Haltung der östl. Juden begreiflich finde. Die englischen Juden seien treue Söhne ihres Vaterlandes, weil es ein Land für jeden Bürger ist. Die Juden werden die treuesten Söhne ihrer Länder sein, wenn diese ihre wahren Mütter sein werden.

Den zweiten Teil der Verhandlungen eröffneten die Berichte aus den einzelnen Ländern, von denen insbesondere die genauen Schilderungen der Pogrome des Generals Balachowicz, der die von Boris Sawinkow organisierte russische Armee befehligte und ein sehr interessanter Bericht des als Gast anwesenden Herrn Itzkowitsch, Vorsitzender des jüdischen Nationalrates in Baku, über das Schicksal der kaukasischen Juden während des Krieges hervorgehoben sei. (Z. P. Z.)

Misrachistische Forderungen.

In Warschauer „Hammisrachi" werden die Forderungen zusammengefaßt, die in Amerika, aber auch z. T. schon vor der Konferenz in Amsterdam aus an die Leitung der zionistischen Organisation gerichtet werden und bisher nur sehr mangelhaft berücksichtigt worden sind. Es ist an der Zeit, diese Punkte nicht mehr den internen Verhandlungen zu überlassen, sondern sie öffentlich auszusprechen; denn sie betreffen das werdende Erez Israel und alles, was im Stande ist, diese Aufbauarbeit zu fördern, muß schnell geschehen. Dazu gehört auch Klarheit unter all denen, deren Hand am Werk ist.

Zunächst wurde verlangt, daß von den für die neu einwandernden Chaluzim zur Verfügung stehenden Beträge die entsprechenden Prozentsätze dem Misrachi für seine Chaluzim zugeteilt wird.

Es wurde mehrmals darauf hingewiesen, daß vollkommen unberechtigter Weise bisher lediglich die Arbeiter-Organisationen die Unterstützungen erhalten und daß die vom „Hechaluz" und vom „Hapoel Hazair" ins Land gebrachten Pioniere angemessene Beihilfen erhalten, während der Misrachi bislang nur auf eigene Faust hier für Sammlungen veranstaltet und vom Waad Hazzirim sehr stiefmütterlich behandelt wird. Die Zahl unserer Pioniere ist nun in ständigem Wachstum und es ist erfreulich, daß der Mißrachi nicht gewillt ist, sich länger eine so wegwerfende Behandlung gefallen zu lassen und sein Recht verlangt, ebenso wie die genannten Organisationen die Gelder für seine Chaluzim zu erhalten.

Die zweite Forderung geht an die Adresse des Nationalfonds. Der Misrachi verlangt die ihm gebührende Vertretung im Direktorium. Die Zuziehung von Bevollmächtigten des Misrachi wird nicht vom Ehrenstandpunkt der Partei aus gefordert, sondern aus sachlichen Gründen. Der Misrachi will eine Ansiedlung für Arbeiter schaffen und hiefür unter den gleichen Bedingungen Terrain des N.-F. besiedeln wie dies von den linken Parteien bereits geschehen ist.

Es ist durchaus irrig zu glauben und glauben zu machen, daß die Arbeiter nur den sozialistischen Parteien angehören. Der Misrachi, der für alle sozialen Forderungen Verständnis beweist, hätte keinen Beweis gegen sich und seine Tätigkeit geliefert, wenn er es nicht verstanden hätte, jüdische Arbeiter in seine Organisation hineinzubekommen, die zeigen, daß sie hinter den Mitgliedern anderer Gruppen an Opfermut und Arbeitsfreudigkeit an nationaler Hingabe nicht zurückstehen. Nur wenn wir nunmehr so weit sind, daß sie den lange gehegten Plan ins Werk setzen können, so wollen wir dafür sorgen, daß nicht aus technischen Gründen störende Hemmnisse eintreten. Wir haben die Pflicht, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die übersiedelnden produktiven Arbeiter ein Heim vorfinden und daß es ein jüdisches Heim sei.

Und damit ist eng verbunden die dritte Forderung des Misrachi. Im Direktorium des Keren Hajessod und der anderen Instanzen des Aufbauwerkes gebührend vertreten zu sein. Wenn — und darin sind alle Zionisten einig — Israel die nationale Heimstätte für das jüdische Volk werden soll, so darf es nicht ein Heim für eine Gruppe werden. Alle, die sich zu ihrem Volk stellen und ihre Pflicht beim Aufbau des Landes erfüllen, müssen die Möglichkeit haben, nach all ihren Kräften mitzuhelfen. In gleicher Weise müssen allen die aus allgemeinen Mitteln aufgebrachten Fonds zur Verfügung stehen und ein brüderlicher Geist muß zwischen allen herrschen, die an der Volksheimat bauen.

Wir verlangen, daß auch uns die Möglichkeit gegeben wird, unsere Kräfte zu entfalten und werden unser Recht zu verteidigen wissen.

Jabotinsky über die Lage des Zionismus.

(Eine Unterredung.)

Herr Jabotinsky, der kürzlich in Berlin weilte und in mehreren Versammlungen die Bedeutung des Keren Hajessod darlegte, sprach sich bei dieser Gelegenheit dem Vertreter der „Zionistischen Korrespondenz" gegenüber über eine Reihe aktueller zionistischer Fragen aus.

Zur Mandatsfrage äußerte Herr Jabotinsky, daß das Mandat, wie es voraussichtlich veröffentlicht werden wird, unzweifelhaft viel Gutes erhalte. Die Anerkennung der jüdischen Rechte auf Palästina bedeute einen ungeheuren Fortschritt und eine Aufforderung der Völkergemeinschaft an das jüdische Volk, Palästina tatsächlich wieder in Besitz zu nehmen. So werde es von der englischen Regiernug wie auch von den englischen Volksmassen aufgefaßt. Das jüdische Volk indessen könne mit der Fassung des Mandats nicht völlig befriedigt sein. In verschiedenen Punkten biete das Mandat noch nicht genügende Sicherheiten. Das Unbefriedigendste sei die Unklarheit in der Frage des zionistischen Einflusses auf die Ernennung des Oberkommissärs in dessen Hand die alleinige Macht in Palästina liege. Die Tatsache, daß Sir Herbert Samuel als guter Zionist anzusehen sei — zugleich ein Beweis des Geistes, in welchem England seine Verpflichtungen erfüllt — könne doch über diesen prinzipiellen Mangel des Mandats nicht hinwegtäuschen. Es müsse mit aller Kraft eine Verbesserung des Mandats angestrebt werden, auch wenn dies in der bisher geplanten Form veröffentlicht werden sollte.

Zur Frage der Jüdischen Legion führte Jabotinsky aus, Palästina brauche naturgemäß zur Aufrechterhaltung der Ordnung eine Armee. Zur Zeit trage England die Armeelasten, indessen sei es nicht ratsam, England und seine überlasteten Steuerzahler dauernd diese Bürde tragen zu lassen. Palästina sei heute ruhig und werde es auch bleiben, wenn nicht etwa fremde Agitation Unruhe ins Land hineintrage. Entständen aber Unruhen, so sei es in unserem eigenen Interesse nicht nötig, daß für die Sicherheit der jüdischen Siedlungen nur englische Soldaten Gesundheit und Leben dahingeben; dies würde unsere politische Lage in England tief erschüttern. Unabhängig von jeglicher prinzipiellen Stellungnahme müßten wir mit diesen Gesichtspunkten rechnen. Angesichts ferner der Tatsache daß die öffentliche Meinung in England ständig mehr zur Verkleinerung der Militärausgaben neige, müßten wir von uns aus an England herantreten mit Vorschlägen, in welcher Weise wir selbst die Sorge für die Ruhe in Palästina übernehmen sollen. Die große Öffentlichkeit in England weigere sich, die Ansicht, daß eine große Garnison in Palästina zum Schutze des Suezkanals notwendig sei, ohne weiteres anzunehmen. Die Frage der Jüdischen Legion müsse ein Zentralpunkt in unserem politischen und finanziellen Programm werden, dessen Ausführung umso leichter sei, als die Legion bereits innerhalb der englischen Armee bestehe und zwar als „Judean" Regiment unter dem Palästinenser Colonel Margolin. Dieser Ansatz sei zu vergrößern.

Zur Frage der zionistischen Verwaltung des jüdischen Palästina betonte Jabotinsky, daß der Jischuw Selbstverwaltung haben müsse. Wenn man Palästina dauernd nur durch von Europa aus ernannte Herren, oft auch durch Touristen, regiere, so werde man jeden Initiativgeist und jede Arbeitsfreude im Lande töten und gleichzeitig die schwersten Fehler machen. Palästina werde zwar mit dem Gelde des Galuth gebaut, aber mit den Menschen, die sich in Palästina befinden. Die künftige zionistische Exekutive in Palästina müsse gebildet werden auf Grund einer Uebereinstimmung mit dem Waad Leumi.

Alsdann wandte sich Jabotinsky gegen den „Kleinzionismus", d. h. gegen diejenigen, welche den großzügigen Herzl'schen Schwung aus dem Zionismus vertreiben wollen und in ihm nur ein trockenes kaufmännisches Unternehmen sehen. Gerade diese Richtung werde praktisch nichts zustande bringen. Die jüdische Welt und die Außenwelt erwarten von uns die Schaffung des Judenstaates. Nur durch eine weltumfassende Nationalbewegung und unter Ausnützung jeglichen Idealismus könne die zionistische Bewegung der Mittel habhaft werden, deren sie benötige. Die Methode der Arbeit müsse natürlich kaufmännisch sein, aber nur die große politische Bewegung könne die Menschen und das Geld mobolisieren. Hiervon sei auch die zionistische Masse in Amerika überzeugt, und wenn es einige Führer noch nicht verstanden, so würden sie es bald daraus einsehen, daß sie mit ihrem jetzigen „Kleinzionismus" keinen Erfolg haben werden. Der amerikanische Beschluß, anstelle der Keren Hajessod-Idee, d. h. der Nationalsteuer, zwei Fonds zu setzen, einen kaufmännischen und einen Wohltätigkeitsfonds, stehe dem Beschluß der Jahreskonferenz entgegen und sei daher juristisch null und nichtig. Selbstverständlich wird der Keren Hajessod auch in Amerika seine Arbeit durchführen.

Was die erforderlich gewordene Neubildung der Exekutive anbelangt, so sei die bisherige Exekutive nicht adäquat gewesen. Man sei bei uns nur geneigt, nach rettenden Persönlichkeiten zu rufen. Man suche krampfhaft nach Notabilitäten innerhalb und außerhalb des Zionismus. Solche starken Männer gebe es nicht. Man brauche ein Dutzend durchschnittlicher tüchtiger Männer, welche die Ressorts unter sich teilen. Sie müssen jedoch den Zionismus gründlich kennen, und ihr Programm müsse dem nationalpolitischen Charakter entsprechen. Bei der Exekutive in Palästina müsse es genau so sein, und dort sei außerdem das Einverständnis des Waad Leumi Voraussetzung. Die Neubildung der Exekutive sei Aufgabe der kommenden Aktionskomitee-Sitzung. Ihre anderen Aufgaben seien die Durchführung des Massen-Prinzips innerhalb der Zion. Organisation, die Mobilisierung aller Zionisten für die Keren Hajessod-Arbeit und die Einberufung des XII. Kongresses wahrscheinlich für den August dieses Jahres.

Inland.

S. Reich (Verba) nach Amerika.

Der orthodoxe Oberrabb. Samuel Reich aus Verbo (Slowakei), Sohn des Budapester Oberrabb. Koppel Reich, eine führende Persönlichkeit der Vereinigten Jüdischen Parteien in der Slowakei, besonders bekannt durch seine Erfolge auf organisatorischem Gebiet hat sich in wichtigen jüdischen Angelegenheiten ins Ausland begeben und wird für Ende Januar in Amerika erwartet.

Oesterreich.

Der Jude wird verbrannt.

Der Wahnsinn feiert Feste. Ein durch Depravation, Korruption und Prostitution total zu Grunde regiertes Land, daß nicht wert ist, weiter zu existieren, weil ihm scheinbar alle Ehr' und Würde abhanden gekommen ist, faßt in seiner Verzweiflungsstunde den heroischen Entschluß, alles daran zu setzen, um sich zu retten. Die Arbeiter erklären freimütig, sie würden zu Gunsten des Staatswohles zu den Minimallöhnen solange arbeiten bis sich eine Tendenz zur Besserung zeigte, Unternehmer und andere Kapitalisten wollen sich mit dem Existenzminimum ihrer Arbeiter begnügen, verzichten auf jeden Mehrwert, den sie dem Staatssäckel zuführen wollen, Beamte wollen bis zur Selbstlosigkeit ihre Unbestechlichkeit wahren, Weiber wollen sich all ihres Putzes, Tandes, aller Kleinodien berauben, um sie am Altare des Vaterlandes zu opfern. Kirche und Kloster wetteifern miteinander um die vielen und kostbaren Weihe- und Sühnegeschenke, die in den Kirchen aufbewahrt sind, herzugeben, der Agrarier will solange nach der Lebensmittelkarte leben, bis man wieder Krapfen essen darf. Das glaubte man, würde, oder so etwas ähnliches wenigstens, die Preisabbau-Enquete in Wien zutage fördern. Statt dessen aber verblöden christlichsoziale Presse und Politiker den ohnehin „dummen Kerl" von Wien und geben ein einfaches Rezept: Schmeißet die polnischen Juden hinaus! Hänget jeden polnischen Schieber auf den nächsten Laternenpfahl auf. Und Wien ist gerettet! Das uralte Mittel: Der Jude wird verbrannt! Die Lage Wiens ist trostlos. Und es wäre zynisch, wenn man darüber Witze reißen wollte. Aber wenn man die Debatte der Wiener Enquete verfolgt, dann greift man sich tatsächlich an den Kopf. Herr in Deinem Reiche, sind diese polnischen Juden gefährliche Menschen, sie haben ganz allein Wien zu Grunde gerichtet. Das sind ja Tausendkünstler! Die horrende Teuerung, die Lebensmittelnot, die Wohnungsnot, den Tiefstand der Valuta, die furchtbare Demoralisation, an all dem ist der „Jud" schuld. Wer denn sonst. Schmeißt's ihn naus! und das Land ist gerettet. Das ist die Politik der herrschenden Partei in Oesterreich, die ernst genommen sein will. Weil sie unfähig ist, initiativ und produktiv zu schaffen, weil sie ihre Herrschaft um alles in der Welt behaupten will, weil Parteigelüste und Parteiprestige auf dem Spiele steht und weil das Volk, wenn es ernüchtert wäre, sie alle mit Hundspeitschen davonjagen müßte, sucht man nach einem Blitzableiter und findet ihn natürlich in den Ostjuden.

Bei dieser Art Politik wird Oesterreich nicht gesunden, ja wir möchten sogar, um die Probe aufs Exempel zu machen, vorschlagen, wirklich die Ostjuden auszuweisen, auch die reichen natürlich, und was dann? Was wird Kuntschak dann machen, wenn die österr. Krone am 20. Jänner 1921 nicht gestiegen sein wird? Was dann?

Dann geht es gegen die anderen Juden. Da steckt die große Gefahr des Lynchparagraphen, den sich die Wiener zurecht gemacht haben, daß man die Juden nicht wird auseinander kennen.

Ein trauriges Zeichen der Zeit. Wenn aber Wiener Antisemiten glauben, sie könnten mit den Juden machen, was sie wollen; so irren sie, so weit ist es Gott sei gedankt denn doch noch nicht. Die amerikanische Regierung wird, wie wir an anderer Stelle mitteilen, dieses Vergehen gegen die Ostjuden nicht dulden und Kuntschak und seine roten Gesinnungsbrüder werden hoffentlich auch die Ostjudenfrage in Wien anders lösen müssen, als auf Galgen und Laternenpfählen.

Delegiertentag der jüdischen Studentenschaft Oesterreichs.

Kürzlich fand im Saale des Wissenschaftlichen Klubs der Delegiertentag des Gesamtverbandes der jüdischen Hochschüler Oesterreichs „Judaea" für das Studienjahr 1920/21 statt.

Wie aus dem Bericht hervorging, konzentrierte sich die Tätigkeit des Hochschulausschusses im abgelaufenen Jahre — der Not der Studentenschaft entsprechend — hauptsächlich auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten. Es wurde insbesondere die Mensa academica ausgebaut, da die Teilnahme an der „Allgemeinen Mensa" den jüdischen Studenten verwehrt wurde. Ferner wurde die Krankenfürsorgestelle und das Rechtsschutzbureau neu organisiert und die Darlehenskasse in einer Weise ausgestaltet, daß den Studenten in dringenden Fällen materiell geholfen werden konnte. Die Mittel für diese Zwecke wurden den zum großen Teil durch Sammlungen im Auslande aufgebracht. Zum anderen Teil verdankte der Hochschulausschuß die Erhaltung seiner wirtschaftlichen Institutionen der Unterstützung des hiesigen Joint Distribution Committee. Mit Bestürzung vernahm der Delegiertentag die Mitteilung über den von der Zentrale des Joint geplanten Abbau der der Studentenhilfsaktion, was damit begründet wurde, daß die Hilfstätigkeit des Joint Committee sich in Hinkunft ausschließlich dem Wiederaufbau zuwenden müsse.

Von den Schöpfunegn des Kulturamtes sind die Hochschulkurse und die hebräischen Sprachkurse zu erwähnen, jedoch konnte der Referent über deren Frequenz keine günstigen Mitteilungen machen.

Befriedigend war der Bericht des Sportreferenten, über die Entwicklung der Sportabteilung „Judaea".

Ueber Vorschlag des abtretenden Hochschulausschusses wurde als Zeichen der dankbaren Wertschätzung seiner großen Verdienste um die jüdische Studentenschaft Herr Oberrabbiner Dr. Chajes zum Ehrenmitglied ernannt und Herrn Regierungsrat Taussig für seine tatkräftige Unterstützung aller Studentenforderungen, wie auch dem Abgeordneten H. Ingenieur Robert Stricker für seine wertvolle Unterstützung in allen, die jüdischnationale Studentenschaft betreffenden Angelegenheiten der wärmste Dank ausgesprochen.

Deutschland.

Gegen einen antisemitischen Dozenten.

Der frühere Privatdozent in Heidelberg Dr. Arnold Ruge, der wegen antisemitischer Propaganda-Hetzreden während seiner Vorlesungen von seinem Amte suspendiert wurde, hatte bei der letzten Universitätsfeier Handzettel mit beleidigenden Bemerkungen gegen die Universität verteilen lassen. Darauf hat der Allgemeine Studentenausschuß jetzt folgende Entschließung gefaßt: „Der Allgemeine Studentenausschuß mißbilligt aufs Schärfste das Verhalten des Herrn Dr. Ruge bei der letzten Universitätsfeier am 14. Dezember und wendet sich gegen die Beleidigungen der philosophischen Fakultät und der jüdischen Studenten, ohne zu dem Streit zwischen Dr. Ruge und der philosophischen Fakultät sachlich Stellung zu nehmen."

Kultusgemeindewahlen in München.

Am 13. März werden in München die Wahlen zur jüdischen Gemeinde stattfinden und zwar nach gänzlich reformiertem Wahlrecht. Die Geschäfte der Gemeinden werden durch einen 7gliedrigen Vorstand und eine 24gliedrige Gemeindevertretung geleitet werden. Zur Wahl für die Gemeindevertretung sind alle volljährigen jüdischen Männer und Frauen berechtigt, die im Jahre der Wahl und dem vorhergehenden Jahr ununterbrochen im Gemeindebezirk gewohnt haben ohne Rücksicht auf die Höhe der Steuerleistung. Ausländer müssen 5jährigen ununterbrochenen Wohnsitz nachweisen und haben kein passives Wahlrecht. Im übrigen werden die Wahlen nach Verhältniswahl mit gebundenen Listen vorgenommen.

Polen.

Wahlordnung.

In Polen soll eine neue Wahlordnung geplant sein, die den Einfluß der Städte und damit der Juden auszuschalten geeignet ist. Es sollen größere Stadtwahlkreise mit Einbeziehung von Dörfern eingerichtet werden.

Jüdische Schulen.

Das polnische Unterrichtsministerium hat dem jüdischen humanistischen und Realgymnasium für Knaben und dem Realgymnasium für Mädchen in Lemberg die Gleichberechtigung mit den Staatsschulen gegeben.

Der Innenminister für ukrainische Flüchtlinge.

(J. C. B.) Der polnische Innenminister ersuchte das Ministerium für Aeußeres sich an die Washingtoner Regierung mit der Bitte zu wenden, den Emigranten aus der Ukraine, die sich über Polen nach Amerika begeben, keine Schwierigkeiten zu machen.

Das jüdische Sekretariat.

(J. C. B.) Das Ministerium für Inneres dementiert in aller Form die in manchen jüdischen Zeitungen erschienene Nachricht über die Errichtung eines Sekretariates für jüdische Angelegenheiten.

Byhnerzesse.

(J. C. B.) Zufolge Mitteilungen des provisorischen jüdischen Nationalrates in Warschau und des in Bialystok erscheinenden „Naies Leben" waren letztens die blutigen Ausschreitungen gegen die Juden auf den polnischen Bahnen wieder auf der Tagesordnung. Die Soldaten, unter denen auch Offiziere vorkommen, überfallen die jüdischen Passagiere und schleuderten viele vom fahrenden Zuge hinaus. Das erwähnte Blatt enthält eine ganze Liste der Opfer der polnischen Soldaten.

Antisemitismus an den Universitäten.

(Jüd. Korr.-Bur.) Die jüdischen Studenten werden, angeblich wegen Platzmangels, zum medizinischen Studium an der hiesigen Universität nicht zugelassen. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß diese Maßnahme auf den Einfluß der antisemitischen Professoren zurückzuführen ist. Der Warschauer „Hajnt" bemerkt dazu, daß dieses Vorgehen an die russische Taktik erinnert. Die russischen Bildungsminister seien jedoch mutiger als ihre polnischen Kollegen gewesen, die weiße Handschuhe zur schmutzigen Arbeit der Einführung des Numerus clausus anlegen.

Litauen.

Die politische Mission des jüdischen Nationalrates.

(J. C. B.) Der Vorsitzende des jüdischen Nationalrates für Litauen begibt sich nach Amerika, um sowohl die amerikanische Oeffentlichkeit als auch die Washingtoner Regierung für die Anerkennung des Litauischen Staates zu gewinnen. In staatlichen Kreisen Litauens wird auf diese Reise große Hoffnung gesetzt.

Griechenland.

Eine Proklamation an die Juden Salonikis.

Der Stadtpräsident von Saloniki veröffentlichte folgende Proklamation an die Bevölkerung von Saloniki:

„Ich mache den Einwohnern Salonikis die freudige Mitteilung, daß S. M. der König Konstantin in einer Unterredung mit einem jüdischen Pressevertreter in Luzern erklärt hat, daß er nach seiner Rückkehr nach Griechenland sich des Aufbaues der niedergebrannten Teile Salonikis annehmen wird. S. M. der König werde der Regierung ferner vorschlagen, den jüdischen Gemeinden Subventionen aus staatlichen Mitteln für die Gründung besonderer Schulen unter Wiederbelebung der hebräischen Sprache zu gewähren.

Diese Kundgebung soll in allen Zeitungen veröffentlicht und an allen öffentlichen Orten angeschlagen werden.

Gez. Stadtpräsident Osman Said.

England.

Die „Times" über die Ernennung Readings.

Noch vor der offiziellen Bestätigung der Ernennung von Lord Reading zum Vizekönig von Indien, brachte die „Times", die diese Ernennung äußerst sympathisch aufnahm, einen bedeutsamen Leitartikel, in dem es u. a. heißt: „Wir hoffen, daß diese Designierung mit allgemeiner Einstimmigkeit aufgenommen werden wird. Es muß gesagt werden, daß großer Mut und Entschlossenheit dazu gehören, in der jetzigen Zeit das Amt des Vizekönigs von Indien zu übernehmen. In Lord Reading wird Indien einen außergewöhnlichen und wie wir glauben, einen passenden Vizekönig haben. Es muß dies ein Mann mit außergewöhnlichen geistigen Fähigkeiten und reifster Erfahrung sein, welche Eigenschaften Lord Reading in genügendem Maße besitzt. Er muß, wie Lord Curzon sagte, fähig sein, „die Wagschalen balanziert zu halten" und wer könnte dies besser als der Chief-Justice von England. Er muß große parlamentarische Erfahrung für die neugeschaffenen gesetzgebenden Körperschaften besitzen und auch viel Takt und Sympathie und viel Wissen von Welt und Menschen. Er muß geduldig sein alle Klagen anzuhören und bereit sein, einem jeden Zutritt zu sich zu gewähren, Eigenschaften, die besonders im Osten gepriesen werden. Er muß gelegentlich entschlossen sein, und rasch Beschlüsse fassen. Er muß klar und deutlich und mit Autorität auftreten können in einem Amte, das oft von glänzenden Rednern eingenommen war. Er muß die Eigenschaft besitzen, solche Beziehungen zu schaffen, die Zutrauen bei den Prinzen und Häuptlingen, wie auch den erwählten Führern der Rassen von Britisch-Indien erwecken. Er muß ein Mensch mit großer Selbstkontrolle sein und gerecht in allen öffentlichen Fragen. Nie war es so nötig wie jetzt, einen Vizekönig zu bestimmen, der im Stande ist, Gerechtigkeit mit Vorsicht und Mitleid zu vereinen, selbst unter dem Druck von Provokationen. Wir haben da hohe Anforderungen gestellt, haben jedoch das Zutrauen, daß Lord Reading ihnen gewachsen sein wird. Wir weisen auch die Behauptung zurück, daß die Konfession Lord Readings ein Hindernis für sein hohes Amt wäre. Wir sind überzeugt, daß die Völker Indiens raschestens den Gedanken zurückweisen werden, der Glaube ihres Vizekönigs könnte irgendwie seinen Erfolg beeinträchtigen. Diejenigen, die in England diese Frage aufwerfen, werden sich bald überzeugen, daß gerade die von ihnen erhobene Gegnerschaft die beste Empfehlung für einen warmen Empfang seitens der indischen Gemeinschaft sein wird, weil es keinen sichereren Weg zu ihren Sympathien gibt, wie Kritiken, die nach Rassen- und religiöser Intoleranz riechen. Einige der fähigsten britischen Verwalter Indiens, gehörten zum selben Glauben wie es der Lord Reading ist, was nicht das geringste Hindernis war. Diese Frage wurde überhaupt nicht in jenem Land erhoben, wo die weiteste Toleranz ein Teil der fundamentalen Basis der britischen Herrschaft ist. Wir unterstützten den Vorschlag, Lord Reading nach Indien zu entsenden, weil wir der Ansicht sind, daß unter den zahlreichen berühmten Männern, deren Namen im Zusammenhang mit diesem Amte genannt worden sind, kein einziger passender wäre, die indische Verwaltung in dieser wichtigen Zeit zu kontrollieren. Die „Times" schließt ihren Artikel mit dem Hinweis auf das große, von Lord Reading gebrachte Opfer, eines der höchsten auf Lebenszeit gewährten Aemter, das des Chief-Justice aufzugeben und erklärt, daß Lord Reading von allen Klassen in Indien wärmstens aufgenommen werden wird.

Gleichzeitig veröffentlicht auch die „Times" einen von einem Mitgliede des indischen Rates unterschriebenen Protest gegen die Behauptungen der „Morning Post", als ob die Ernennung Readings die Vorurteile der 70 Millionen Mohammedaner beleidigen würde, die sich keineswegs um die Konfession ihrer Führer kümmern, sondern ausschließlich um ihre Arbeit und Politik zum Wohle und Fortschritt ihres Heimatlandes. Auch der Abg. und bekannte Orientkenner Ries, der mit den Verhältnissen in Indien genau bekannt ist, schließt sich in einem Briefe an die „Times" obigem Protest an, behauptend, daß die Mohammedaner eher einem Juden als einem Christen zuneigen werden und daß die Toleranz der Hindus unendlich sei.

Montagu Kolonialminister.

Der bisherige Staatssekretär für Indien, Montagu, wurde an Stelle von Lord Milner zum englischen Kolonialminister ernannt. Milner dürfte deshalb zurückgetreten sein, weil er sich den von Montagu für Indien ausgearbeiteten Reformen widersetzt hat. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß gegenwärtig außer Mnotagu auch noch andere Juden auf die verantwortungsvollen und schwierigen Posten des britischen Kolonialreiches gestellt sind, so Lord Reading Vizekönig von Indien, William Meyer, High Kommissioner von Indien, Sir Mathew Nathan, Gouverneur von Australien und Sir Herbert Samuel High Commissioner von Palästina.

Sir Edwin Samuel Montagu ist 1870 als zweiter Sohn von Lord Swaythling in London geboren. Er besuchte das Trinity College in Cambridge und war seit 1910 Unterstaatssekretär für Indien.

Ehrungen Dr. Chajes.

Oberrabbiner Dr. Chajes hielt sich auf seiner Amerika-Reise in England durch drei Tage in London auf. Das englische Judentum benützte die Gelegenheit, dem angesehenen Führer des Wiener Judentums einen herzlichen Willkomm zu bieten. Am Sonntag nachmittags fand im Pavilion Theatre eine gewaltige Versammlung statt, in welcher Oberrabbiner Dr. Chajes die Hauptrede hielt. Die Versammlung wurde von Hillel Zlatopolsky Direktor des Keren Hajessod, geleitet. Dr. Chajes sprach in seiner, immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochenen Rede über die Not, aber auch über das Werk des Wiener Judentums, im besonderen über das Verhalten zu den ostjüdischen Flüchtlingen. Die Tatsache, daß die Wiener Nationaljuden mit solchem Erfolg gegen jedes den Flüchtlingen angetane oder zugedachte Unrecht auftreten und Vergewaltigungen verhindern, sichert ganz Wien die Sympathien der jüdischen Massen in England, die nicht ohne Einfluß sind. Oberrabbiner Dr. Chajes sprach hierauf in besonders eindringlicher Weise von der Palästina-Sehnsucht des jüdischen Volkes, das aus seinem Dornröschenschlaf erwacht ist, und verlangte aufopferungsvolle Arbeit für den Keren Hajessod.

Sämtliche jüdischen Zeitungen Englands, Tagesblätter und Wochenschriften, in jüdischer und englischer Sprache, bringen spaltenlange Interviews mit Oberrabbiner Dr. Chajes und große Berichte über die Versammlung im Pavilion-Theater.

Oberrabbiner Dr. Chajes verließ London Sonntag, den 16. ds. abends und traf in Plymouth um 4 Uhr morgens ein. Er wurde dort von einer Deputation, bestehend aus Mr. King Field und den beiden Rabbinern der Stadt, empfangen und an Bord des Dampfers „Rotterdam" begleitet, wo Dr. Chajes dem Herausgeber der Plymouther Zeitung ein Interview gewährte, in welchem er England und dem englischen Volke für die dem Judentum geleisteten Dienste dankte. Die Zeitung brachte auch einen Bericht darüber, daß Dr. Chajes nach Amerika fährt, um in die Aktion zugunsten der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung Oesterreichs, Polens, der Ukraine, Galiziens und Ungarns einzugreifen.

Amerika.

Sabbathruhe.

(J. C. B.) Das Gerichtsverfahren gegen einen jüdischen Fabrikanten, in dessen Fabriken am Samstag gefeiert und am Sonntag gearbeitet wurde, hat dem Schomrei-Sabbath einen vollen Sieg gebracht, der aus drei Richtern zusammengesetzte Gerichtshof hat den Angeklagten freigesprochen. Im Urteil heißt es ausdrücklich, daß der Fabrikant am Sabbath feiert und daher wohl berechtigt ist, seine Fabrik am Sonntag in vollen Betrieb zu setzen.

Diese Entscheidung des Gerichtes ermutigte die Vereinigungen für Sabbathruhe zu einer ausgedehnten Aktion unter den jüdischen Fabrikanten Amerikas ihre Betriebe am Samstag zu schließen, da sie doch ungestört am Sonntag arbeiten dürfen.

Joint für abessynische Juden.

(J. C. B.) Das American Joint Distribution Committee erhielt von dem im Sommer 1919 nach Abessynien entsendeten Dr. Faitlowitsch ein Telegramm, daß er wohlbehalten in Abessynien eingelangt und sich seiner Mission der Hilfeleistung für die dortigen Juden erfolgreich entledigt hat. Ferner teilt Dr. Faitlowitsch mit, daß er unter anderem auch Arzeneien und hebräische Literatur unter den Fellachen verteilte und mangels an Aerzten einen Arzt aus Palästina hingebracht habe, um dort eine jüdische Klinik einzurichten.

China.

Die Juden in China.

Ein interessantes ethnographisches Kapitel in der Geschichte des Reichs der Mitte bilden die versprengten jüdischen Kolonien in dem Riesenreich. Die chinesischen Juden dürften als Kaufleute auf den uralten Handelsstraßen in das Land gekommen sein, wo sie sich sippenweise ansiedelten. Obwohl sie in Sprache, Sitte und Kleidung sich fast völlig assimilierten, behielten sie ihre Religion bei. Heute lassen sich noch zwei große Stellungsgebiete der Juden in China nachweisen, von denen das eine in Hohenau, das andere bei Peking liegt. Den Mittelpunkt des südchinesischen Judentums bildet die alte Hauptstadt der Sung-Dynastie (960 bis 1278), Kaifeng-fu, die heute etwa fünf Meilen vom Hwang-ho in einer öden Ebene liegt. Ehemals umgaben ertrags-

reicher Felder, Wälder und Gärten die Stadt. Ihr Niedergang beginnt in den schweren inneren Kämpfen Chinas denen die Ming-Dynastie erlag. (1644). Die jüdische Presse in Kaifeng-fu ist durch dauernde Ueberschwemmungen arg beschädigt worden. Ihre Synagoge lag früher dem Ufer nahe und ist durch die Ueberschwemmungen allmählich zerstört worden. Damit hat auch die Gemeinde ihren Zusammenhang nahezu verloren. Die reichen Kaufleute verließen die verödete Stadt und sind in China weit verbreitet; auch in Peking und Tsientsin leben heute Mitglieder dieser alten jüdischen Kolonie. In Kaifeng-fu sind nur die Aermsten zurückgeblieben. von ursprünglich 26 Sippen bestehen heute nur noch sieben mit über tausend Seelen. Von alten Denkmälern dieser jüdischen Gemeinde sind noch mehrere Steine mit chinesischen Inschriften erhalten, deren Bearbeitung wir von ihrem Entdecker Br. Schindler erwarten dürfen. Ganz besonders interessant ist die Persönlichkeit des Oberhauptes der Kleinen Kolonie des Tschau-Yüntschung, von dessen abenteuerlichem Leben und zweifellos faszinierender Persönlichkeit Schindler ein eindrucksvolles Bild zu geben hat. Sehr interessant ist die politische Umsicht des Mannes, sein Blick für die Beziehungen der Völker untereinander und sein Verständnis für Kulturaufgaben. In einem höchst interessanten Briefe, den er Schindler mitgab, wendet sich Tschao an seine Glaubensgenossen in aller Welt mit der Bitte, die vereinsamte jüdische Kolonie dadurch zu erhalten, daß man ihnen Lehrer der Religion sende.

Erez Israel.

Politisches.

Samuel für seine Politik.

Auf eine Eingabe, die für Palästina eine arabische Regierung unter dem Schutze Englands wünscht, hat der Oberkommissär für Palästina, Sir Herbert Samuel geantwortet, daß die Regierung Palästinas ihre bisher eingeschlagene Politik unentwegt beibehalten würde, wobei die Rechte aller Einwohner gewährt bleiben, die heiligen Orte geschützt werden und für die gesamte ökonomische Entwicklung Sorge getragen wird

Frauenorganisation.

J. P. Z. In Palästina ist eine internationale Frauenorganisation in Bildung begriffen, der jüdische, muselmanische und christliche Frauen gemeinsam angehören sollen.

Entschädigungen.

J. P. Z. — Für die Opfer der Osterunruhen wurden von der Entschädigungskommission weitere 1500 Pfund bewilligt.

Wirtschaftliches.

Telephonistinnen.

Die palästinensische Postverwaltung hat einen Anschlag veröffentlicht, wonach eine Anzahl von Telephonistinnen benötigt wird. (Z. K.)

Jüdische Legionäre.

Die Mitglieder der Jüdischen Legion, die nach Beendigung des Krieges demobilisiert wurden, haben sich zum Zwecke der Besserung ihrer Lage vereinigt. Die Regierung hat versprochen sie bei der Besetzung von Stellen und bei der Ansiedlung zu bevorzugen. Auch die Ica hat ihnen ihre Hilfe zugesagt. Die Vereinigung will geschlossene Siedlungen von Legionären ermöglichen. (Z. K.)

Baumaterialien.

Es heißt hierüber: Es wurde schon oft die Begründung von Fabriken für Zement Kalksteinziegel, Asbest-Zementschiefer und Lehmziegel propagiert. Es gibt jedoch in Palästina noch anderes Baumaterial, das bisher entweder eingeführt oder ni Palästina in ganz primitiwer Weise erzeugt wurde, und es wäre sehr wünschenswert, diese Erzeugung auf eine bessere technische Grundlage zu stellen. Die Fabrikation von hydraulischem Kalk, die Gewinnung von Naturgestein aus Steinbrüchen, die Erzeugung von Eisengegenständen (Tür- und Fensterschlössern) und Dachröhren, von Xylolith für Fußböden usw. sind einige der dringendsten Notwendigkeiten. Nur wenn eine solche Gesellschaft den Hauptteil des im Lande benötigten Baumaterials in guter technischer Ausführung und zu vernünftigen Preisen erzeugt, wird die Bauindustrie in Palästina, welche gegenwärtig durch die hohen Preise gehemmt ist, einen großen Aufschwung erfahren. Eine Gesellschaft, die es sich zur Aufgabe machte, das notwendige Baumaterial herzustellen, würde in Palästina ein fruchtbares Feld für ihre Tätigkeit finden. Das Kapital einer solchen Gesellschaft müßte etwa 50.000 bis 100.000 Pfund betragen. betragen

Hotel-Gesellschaften.

Der große Touristenverkehr, der für die nächsten Jahre in Palästina zu erwarten ist, wird den Mangel an entsprechenden Hotels fühlbar machen, so lange nicht eingesehen wird, daß Palästina durch neue Hotels. Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, insbesondere durch Motorverkehr für die Touristen anziehend gemacht werden muß. Es unterliegt keinem Zweifel, daß von den Zehntausenden von Touristen, die alljährlich nach Aegypten kommen (für das Frühjahr 1921 werden 60 000 Touristen erwartet) ein großer Teil nach Palästina kommen wird, da die Strecke Kairo—Jerusalem jetzt mit der Bahn in 16 Stunden zurückgelegt werden kann. Auf diesen Verkehr muß sich Palästina nun vorbereiten. Eine jüdische Hotel-Gesellschaft sollte sobald wie möglich gegründet werden.

Versicherungswesen.

Seit vielen Jahren, so wird aus Jerusalem mitgeteilt, schweben Verhandlungen zwischen der Zionistischen Organisation und Versicherungsgesellschaften zum Zweck der Gründung einer jüdischen Versicherungsgesellschaft. Infolge der günstigen Sterblichkeitsverhältnisse der Juden und ihrer Neigung für Lebensversicherungen würde eine solche Gesellschaft zweifellos Erfolg haben. Es werden wahrscheinlich technische Einwände gegen die Gründung einer solchen Gesellschaft ausschließlich für Palästina erhoben werden. Die Gesellschaft könnte jedoch für den ganzen Orient bestimmt sein und würde auch in Aegypten und Syrien ein Feld für ihre Tätigkeit finden. Dr. Ruppin schlägt vor, daß in Amerika ein Syndikat gebildet werde, welches mit amerikanischen Versicherungsgesellschaften in Verbindung treten und die Frage einer Versicherungsgesellschaft für den Orient studieren solle. Der Vorteil einer solchen Versicherungsgesellschfat unter jüdischen Auspizien würde nicht nur darin bestehen, daß eine große Menge von Juden in die Lage käme, sich ihrer zu bedienen, sondern vor allem würde dies bedeuten, daß die Versicherungsgesellschaft selbst imstande wäre, ihre Prämien in sicheren palästinensischen Hypotheken oder in Anleihen der palästinensischen Regierung oder der Stadtverwaltungen anzulegen und so den jüdischen Interessen im allgemeinen zum größgrößten Segen gereichen könnte. (Z. K.)

Industrielle Kreditbanken.

Fast täglich gehen Anfragen von Industriekreisen aus allen Weltteilen, besonders aus Osteuropa, ein. In vielen Fällen wollen die Leute ihre Maschinen von auswärts mitbringen. Meistens jedoch fragen sie an, ob es möglich ist, mit ihrem eigenen entwerteten Kapital und ausschließlich aus eigenen Mitteln Fabriken zu errichten, und wie hoch die Kosten der Wirtschaftsführung in der ersten Zeit sein würden. Da es von äußerster Wichtigkeit ist, diese industriellen Unternehmen mit ihren technischen Erfahrungen nach Palästina zu bringen, und da der nur geringe und kurzfristige Kredit, der bestenfalls von der Anglo Palestine Co. zu erhalten wäre, für diese Zwecke unzureichend ist, so erscheint die Errichtung einer Industriebank, welche imstande sein müßte, die Nachfrage industrieller Unternehmungen nach langfristigen Krediten zu befriedigen, als zwingende Notwendigkeit. Es sollte zur Gründung einer solchen Bank, welche wenigstens ein Kapital von 200.000 ägypt. Pfd. besitzen müßte, geschritten werden.

Zementplatten.

Die Gesellschaft zur Errichtung einer Kalksteinziegelfabrik hat in Tel-Awiw (Jaffa) die Verfügung über ein Grundstück von 55 Dunam erlangt. Beteiligt sind u. a. Boris Goldberg (London) und Ingenieur Seidener (Wien), der kürzlich in Jaffa eintraf, um mit dem Bau zu beginnen. Die Fabrik wird sich voraussichtlich auch mit der Herstellung von Asbest-Zementplatten befassen und sich auch an anderen ähnlichen Unternehmungen beteiligen.

Der Düngemittelbedarf.

Im vergangenen Monat, so schreibt die Palästina-Export-Firma Dr. R. Honig u. Co. in Berlin, erfolgte aus Palästina die erste Bestellung von Düngemitteln in Deutschland. Der vorjährige Bedarf wurde zum größten Teil aus Aegypten oder vielmehr durch eine belgisch-ägyptische Gesellschaft bezogen. Diese Gesellschaft hatte große Lagervorräte in Aegypten angehäuft und bearbeitete nicht nur Aegypten, sondern auch Palästina und die ganze Küste des östlichen Mittelmeeres. Die Gesellschaft soll durch ihren Handel mit Düngemitteln einen riesigen Gewinn erzielt haben. Es sind nun in Palästina Bestrebungen im Gange, um mit der belgischen Gesellschaft die Konkurrenz aufzunehmen. Man beginnt bereits sich für die nächste Arbeitsperiode mit Vorräten einzudecken. Zum Teil sind es spekulative Einkäufe in Düngemitteln, die die Stimmung beherrschen. Solche spekulativen Einkäufe sind von der Hoffnung getragen, daß die bevorstehenden größeren Meliorationsarbeiten einen Bedarf an Düngemitteln hervorrufen werden, insbesondere für den Feldbau. Die Vorräte in Düngemitteln für Pflanzungen und für den Weinbau sind zum Teil aufgebraucht, und man hofft auf neue Bestellungen im Laufe der nächsten Monate. Wegen der sehr geringen Kulanz der deutschen Firmen wird es den palästinensischen Kaufleuten sehr schwer gemacht, ihren Bedarf aus Deutschland zu beziehen. Während die belgische Gesellschaft frei Magazin liefert, verlangen deutsche Firmen fast ausschließlich Vorausbezahlung und behalten sich Lieferungsmöglichkeiten vor. Dank ihrer größeren Kulanz vermag die belgische Gesellschaft ca. 30 Prozent höhere Preise zu erzielen, als sie von Deutschland offeriert werden. Wegen der hohen Beträge der Bestellungen vermögen deutsche Firmen vorläufig noch nicht dieselben Zahlungsbedingungen wie die belgische Gesellschaft zu gewähren. (Z. K.).

Landwirtschaftliche Maschinen.

Demnächst sollen moderne landwirtschaftliche Maschinen, sog. Frisiermaschinen (Erfindung des Prof. von Mayenburg) in Palästina eintreffen, deren Preis sich pro Stück auf 125 äg. Pf. beläuft. J. P. Z.

Eisenbahnbau.

Laut „Haaretz“ vom 23. Dez. wird der Bau der Eisenbahn Petach-Tikwah nach Rasel-Ain in einigen Wochen in Angriff genommen werden. Mit der Ausarbeitung der Pläne wurden zwei Ingenieure in Jerusalem betraut. J. P. Z.

Warenhaus.

Zusammen mit der Anglo Palestine und den Herren Pewsner und Kahn hat eine ägyptische Gesellschaft die Konzession zur Errichtung eines Warenhauses in Haifa erworben. J. P. Z.

Kulturelles.

Schulstand.

Der Bericht des Erziehungsdepartements der Zionistischen Kommission zeigt, daß 11.843 Schüler in 111 hebräischen Schulen unterrichtet werden, bei einer Gesamtzahl von 435 Klassen und 602 Lehrern, von denen 118 an mehr als einer Schule tätig sind. Das zionistische Schulsystem umfaßt 42 Kindergärten mit 2974 Kindern, 48 Elementarschulen mit 6704 Kindern, 12 Sekundärschulen mit 1262 Schülern, 6 Handelsschulen mit 325 Eingeschriebenen. Dieser Bericht umfaßt nicht das ausgedehnte Abendschulsystem, ebenso wenig die Abendklassen für Arbeiter, welche fast in jeder Kolonie und landwirtschaftlichen Gruppe bestehen. Die Gesamtausgaben für die Aufrechterhaltung des Schulsystems betragen 102.138 Pfund: es beträgt demnach die jährliche Ausgabe pro Kopf 9 Pfund. Die Zionistische Kommission bestreitet fast das gesamte Schulbudget; die von den Eltern erhobenen Schulgelder betragen weniger als 8000 Pfund.

Eine arabische Akademie in Jerusalem.

Im Anschluß an einen Vortrag, den der jüdische Gelehrte Prof. Jahuda auf Einladung des Bürgermeisters von Jerusalem dort in arabischer Sprache über die arabische Kultur in Spanien vor einer arabischen Zuhörerschaft hielt, teilte Oberkommissär Sir Herbert Samuel mit, daß die Errichtung einer arabischen Akademie in Jerusalem beschlossen sei.

Zentralsynagoge.

J. P. Z. Am 20. Dezember fand eine Beratung von Rabbinern und Notabeln in Frage der Schaffung einer großen Zentralsynagoge in Jerusalem statt. Der bezügl. Vorschlag der Rabbiner wurde von Samuel mit großer Genugtung entgegengenommen. Es wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß die in Jerusalem zu erbauende Synagoge, als Zentralsynagoge für die gesamte Judenheit, ohne Unterschied der Gemeinde, gemeinsam sein soll. Ueber den ev. Ritus der Gebete soll eine aus Rabbinern zusammengesetzte Kommission beschließen. Die Regierung, Waad Leumi Waad Hazirim und Waad Hair werden eingeladen, je einen und die Rabbiner, drei Vertreter in eine Kommission zu wählen, die sich mit dieser Frage befassen soll. Samuel wird um Approbierung dieser Kommission und Uebernahme des Ehrenvorsitzes angegangen.

Jellin, Mitglied der Royal Asiatic Society.

J. P. Z. Jellin wurde als Mitglied der britischen Gesellschaft Royal Asiatic Society aufgenommen. Jellin und Raffael sind laut „Haaretz“ die einzigen jüd. Mitglieder erwähnter Gesellschaft.

Prüfung der Rechtsanwälte.

Am 23. Dez. fanden die mündlichen Prüfungen für Rechtsanwälte ihr Ende. Unter den Examinatoren waren zwei Engländer, zwei Araber und zwei Juden. Zur Prüfung meldeten sich 10 Araber und 11 Juden u. zw. Auster, Dunkelblum, Weinschal, Waschitz, Seeger, Mani, Margolin, Awdi, Pen, Farbstein, Schmetterling. Acht Juden wurden hebräisch, einer englisch und zwei arabisch geprüft. Die Kandidaten feierten dann im Hause Ussischkins im Verein mit den jüd. Richtern und Advokaten das Ereignis, daß staatliche Prüfungen zum erstenmal in hebräischer Sprache abgehalten wurden. J. P. Z.

Inspizierung.

Der Leiter der Erziehungsabteilung, Baumann, erklärte sich bei einer Inspizierung des Jaffaer Gymnasiums mit dem Erfolg des Unterrichts sehr zufrieden. J. P. Z.

Die Besiedlung.

Die Entwicklung von Balfouria.

Unter dem Namen „Zionist Commenwealth“ wurde vor einigen Jahren in Amerika eine Gesellschaft gegründet, an deren Spitze die Herren Judge Mack, Louis Lipsky, Jakob de Haas, M. Scheinkin u. a. m. stehen, und die den Zweck hat, ihren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, für sich oder ihre Verwandten in Palästina eine Besitzung vorzubereiten, die sie dann beziehen können. Jedes Mitglied zahlt 10 Doll. Eintrittsgeld und ist verpflichtet, mindestens einen Bodenanteil zu kaufen, der 250 Doll. zahlbar in 25 Raten, kostet. Nach 6 Jahren erhält das Mitglied einen Kaufschein über seinen Anteil, den er dann beziehen kann. Ist der Aktionär verhindert, seinen Anteil in Besitz zu nehmen, so verwaltet ihn die Gesellschaft weitere 4 Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit kann der Anteil einem Verwandten übertragen werden, oder die Gesellschaft übernimmt ihn zu 90 Prozent des Tagespreises. Die Gesellschaft zählt jetzt 3270 Mitglieder, die ein Kapital von 2 Millionen Dollar eingezahlt haben. Die erste Kolonie nach dem sogen. „Balfouria“, wurde von dieser Gesellschaft gegründet die jetzt ein Areal von 8000 Dunam hat. Balfouria ist die erste Kolonie Palästinas, in der moderne Maschinen in großem Maße verwendet werden. Bis jetzt wurden in Balfouria 20.000 Pfund investiert. Die erste Ernte ergab einen Ertrag von 6000 Pf. Zunächst werden nur 3000 Dunam bearbeitet; im nächsten Jahre werden es 6000 Dunam sein. Vertreter der Balfouria halten sich gegenwärtig in Palästina zwecks Bodenkauf auf Neue Mitglieder werden angeworben.

Die Vergrößerung Petach Tikwah.

(J. C. B.) Die Regierung übergab der Kolonie Petach Tikwah 3000 Dunam sumpfigen Boden für die Dauer von 50 Jahren. Die Irrigationswerke werden von elektrischer Kraft betrieben werden, die die Audja-Gewässer liefern werden.

Vom Zionismus

Eine Erklärung des Prof. Weizmann.

Das Sekretariat des niederländischen Misrachi in Amsterdam teilt mit: Montag, den 3. Jänner d. J. hatten einige Herren des holländischen Misrachi eine Unterredung mit Prof. Weizmann, an welcher die Herren Oberrabbiner A. Ascher (Groningen). H. Ascher. L. de Beer, J. H. Davids und Dr. H. Finkhof teilnahmen.

Bei dieser Gelegenheit wurde vom Misrachi hingewiesen auf den Umstand, daß unter dem neuen Jischub vielfach Dinge bestehen, welche mit den Forderungen der jüdischen Tradition im Wiederspruch stehen. Der Misrachi fordere von der zionistischen Leitung, welche die Verhältnisse wohl nicht geschaffen hat, die aber imstande wäre, darauf Einfluß zu nehmen, daß sie alles mögliche tun möge, um in dieser Beziehung eine Verbesserung herbeizuführen.

Prof. Weizmann erklärte hierauf, daß er die Forderungen des Misrachi vollkommen unterschreibe, daß er auf dem Standpunkte stehe, daß die Gelder, welche vom jüdischen Volke aufgebracht werden, nicht verwendet werden dürfen für Zwecke, welche mit der Tradition im Widerspruch sind und daß er bei seinem bevorstehenden Besuch in Palädabei seinen Einfluß einsetzen werde um die stina die Angelegenheit untersuchen werde und Mißstände abzustellen.

Der Präsident der Zionistischen Organisation ermächtigte den Misrachi diese Erklärung zu veröffentlichen.

Hiezu wird uns von maßgebender Stelle geschrieben: Die Erklärung des Prof. Weizmann, die vielleicht die erste ihrer Art ist, die seit dem Bestande der Zionistischen Organisation ist, wird in den Kreisen des religiösen Judentums gewiß beruhigend wirken nach den vielen aus verschiedenen Quellen stammenden, jedoch darin übereinstimmenden

Berichten, welche von den jedes religiöse Gefühl verletzende Benehmen eines Teiles der Angehörigen des neuen Jischub erzählen. Das religiöse Judentum wird sich aber mit der Beruhigung, daß das Geld, welches zu nicht geringem Teile eben von diesem religiösen Judentum stammt, nicht zu antireligiösen Einrichtungen verwendet werden soll — was übrigens vorderhand noch der Durchführung bedarf, nicht begnügen. Es ist der ausgesprochen antireligiöse Geist, welcher von den radikalen Elementen nach Palästina verpflanzt wurde, der es dem religiösen Juden zu seinem größten seelischen Schmerze unmöglich macht, sich dem Aufbauwerke in Erez Israel, das für ihn nie aufhören wird, das Erez Hakdoscha zu sein, zu beteiligen.

Hoffentlich wird es gelingen die bestehenden Hindernisse aus dem Weg zu räumen, an welcher Arbeit der Misrachi, so wie bisher, auch weiterhin mit Aufgebot seiner ganzen Kraft mithelfen wird.

Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

Die regelmäßigen Vorträge im Verein Ahavath-Thora werden wieder jeden Samstag von 3 bis 4 Uhr nachm. abgehalten, und zwar trägt Herr Rabbiner Dr. Spira Schulchan-Aruch vor. Gäste willkommen.

*

Bibliothekstunden in der jüdischen Zentralbibliothek finden jeden Dienstag von ½6—½7 Uhr abds. im Beth-Hamidrasch-Zimmer der Jüdischen Volksschule statt. Das Publikum wird eingeladen, die Bibliothek eifrig zu benützen.

*

Aus der Theaterkanzlei.

In dem Volksstück in drei Aufzügen „Gebildete Menschen" von Viktor Leon, daß morgen Freitag, den 21. Jänner mit Willy Thaller als Gast gegeben wird, sind neben dem Wiener Künstler in den Hauptrollen die Damen: Hanna Freya, Jenny Rainert, Käthe Stein und die Herren: Egon Engelmann, Max Gstöttner, Erwin Lehndorff, Hans Mahler-Marton, Otto Mozel, Hugo Schneider und Reinhold Weiglin beschäftigt. Die Inszenierung hat Herr Hugo Schneider übernommen. (Außer Dauer- und Stammsitz.)

Samstag, den 22. Jänner findet die Aufführung von Anzengrubers „Meineidbauer" mit Willy Thaller als Gast außer Dauer- und Stammsitz statt. In der Rolle des „Ferner" verabschiedet sich Willy Thaller von dem hiesigen Publikum.

Sonntag, den 23. Jänner, 3 Uhr nachmittags wird Lehars Meisteroperette „Die blaue Mazur", die stets vor ausverkauftem Hause in Szene ging, zum 17. Male aufgeführt. (Außer Dauer- und Stammsitz.)

In der Sonntag, den 23. Jänner, halb 8 Uhr stattfindenden, von Kapellmeister Aich vorbereiteten Aufführung von „Rigoletto" wird ein hier besonders gern gesehener Gast Richard Kubla von der Wiener Volksoper in der Partie des Herzogs auftreten. Herr Kubla, ein geborener Ostrauer, hat anläßlich seines im Vorjahr hier veranstalteten Liederabends neuerdings bewiesen, daß er zu den hervorragendsten Vertretern seines Faches gehört. Das Gastspiel des gefeierten Künstlers dürfte hier das größte Interesse erregen. (Außer Dauer- und Stammsitz.) Erhöhte Opernpreise.

Als nächste Opernneuheit wird Mittwoch, den 26. Jänner Richard Wagners „Tannhäuser" gegeben.

Achtung, Briefmarkensammler!

Der Sammelstelle des Jüdischen Nationalfonds in Mähr.-Ostrau ist es gelungen, eine Anzahl kompletter Sätze der provisorischen Palästinamarken mit englischem, arabischem und hebräischem Aufdruck zu erhalten. In Anbetracht dessen, daß diese Marke nur kurze Zeit als Provisorium in Geltung steht und nur eine sehr geringe Auflage davon hergestellt wurde, wird diese Marke in kürzester Zeit hohen Seltenheitswert besitzen, ganz abgesehen von dem kulturhistorischen Interesse das diese erste Briefmarke mit hebräischem Aufdruck für jeden Freund und Anhänger der jüdischen Sache besitzt. Die zur Verfügung stehenden Sätze von je sieben verschiedenen Werten sind von der Sammelstelle des Jüdischen Nationalfonds in Mähr.-Ostrau, Großegasse 57 zum Preise von 100 Kronen gegen Voreinsendung des Betrages od. Nachnahme zu beziehen.

Jüdischer Sport

Feststellung.

Wir werden ersucht, nochmals festzustellen, daß das Inserat für den Sportverein „Makabi" im Wahlflugblatt unseres Blattes ohne Wissen der Vereinsleitung eingerückt wurde.

*

Makabi-Sportverein: Unterstützet den Sportverein Makabi, der es sich zur Aufgabe macht, die körperliche Ertüchtung unserer Jugend herbeizuführen. Der Sportplatz des Mähr.-Ostrauer Vereines wird für die kommende Saison ausgebaut werden müssen, man trägt sich, wie wir hören, mit dem Plane, auf dem Sportplatze ein eigenes jüdisches Sporthaus zu errichten. Der Sportverein Makabi, der ein unpolitischer Verein ist, verdient die Unterstützung und Mitarbeit aller Juden. Das Interesse, das für den jüdischen Sport in unserer Republik zu Tage tritt, muß in erster Linie bei uns Juden sehr rege sein, daher sollte jeder Jude Mitglied dieses Vereines werden!

Der Antisemitismus im Grazer Fußballsport.

Der durch den im Deutsch-alpenländischen Fußballverband herrschenden Antisemitismus in seiner Existenz arg bedrohte Sportklub Hakoah, Graz, hat sich mit folgender Eingabe an den Oesterreichischen Fußball-Verband nach Wien gewendet:

„Wir erlauben uns, dem löblichen Österreichischen Fußball-Verband folgende Angelegenheit zur Kenntnis zu bringen, die die Zustände im Grazer Verband und deren antisemitische Tendenzen beleuchtet. Wir bitten womöglich noch vor Beginn der kommenden Saison Abhilfe zu schaffen. — Am 28. Dezember 1920 fand unter Leitung des Obmannes des Steirischen Fußballverbandes Herrn Ing. Blaschek, eine offizielle Sitzung statt, zu welcher die Sektionsleiter aller Grazer Fußballvereine, zwecks Auslosung der Meisterschaftsspiele für die kommende Saison geladen waren. Nach den Bestimmungen für die Meisterschaft wäre der Sportklub Hakoah an die Reihe gekommen, Veranstalter seiner sämtlichen Spiele zu sein und hätte als solcher die Pflicht zur Bestellung des Platzes. In Graz gibt es nur zwei spielfähige Plätze, und zwar die der zwei erstklassigen Vereine, Sportklub Sturm und Grazer Athletik-Sportklub. Zu Beginn der Auslosung teilte Herr Ing. Blaschek als Obmann des Verbandes mit, daß die Auslosung nur dann den Zweck erfülle, wenn der Sportklub Hakoah auf sein ihm zustehendes Recht, Veranstalter zu sein, verzichten würde, da die beiden vorgenannten Vereine laut ihrem Schreiben an den Verband erklärten, ihren Platz nur dann für die Meisterschaftsspiele zur Verfügung zu stellen, wenn Hakoah nicht Veranstalter sei; dies stelle auch den offiziellen Beschluß des Grazer Verbandes dar. Auf Anfrage unseres Sektionsleiters Herrn Med. Franz Rosen erklärte Herr Ing. Blaschek, daß es nicht in der Macht des Grazer Verbandes liege. Im übrigen gebrauchte der Vorsitzende lächerliche Ausflüchte. Wir möchten dazu noch bemerken, daß in der leidigen Platzangelegenheit der Wiener Verband seine strikte Weisung bereits nach Graz hat ergehen lassen, die, aber wie aus dem Vorhergesagten hervorgeht, bis heute nicht befolgt wurde. Wir bitten den Oesterreichischen Fußball-Verband nochmals eindringlichst um Hilfe."

„Allgemeiner Zeitungsverlag" Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Oderfurt